

Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

4. Sitzung vom 12. Juni 2006 • von 18.00 bis 21.35 Uhr • Casino Wohlen

Vorsitz: Arthur Fischer, Präsident

Protokollführung: Betschart Daniela, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz:

Einwohnerrat

36 Mitglieder des Einwohnerrates

Absolutes Mehr: 19

Zweidrittelsmehr: 24

Gemeinderat

Walter Dubler, Gemeindeammann

Harold Külling, Vizeammann

Doris Becker, Gemeinderätin

Paul Huwiler, Gemeinderat

René Meier, Gemeinderat

Christian Müller, Gemeinderat

Toni Schürmann, Gemeinderat

Weitere Anwesende

Peter Hartmann, Gemeindeschreiber

Gregor Kaufmann, Finanzverwalter

Werner Mäder, Bauverwalter

Werner Lüpold, Betriebsbeamter

Thomas Laube, Chef Steueramt

Ernesto Hitz, Schulsekretär

Peter Christen, Chef Repol

Peter Joller, Chef Soziale Dienste

Franco Corsiglia, Präsident der Schulpflege

Entschuldigungen

Martin Wyss

Matthias Fricker

Sandra Lehmann

Peter Wiederkehr

Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Inpflichtnahme Bernhard Kammer, SP
3. Bericht und Antrag 11002 betr. Evaluationsbericht „Konzept für die Schulleitung Wohlen“
4. Bericht und Antrag 11008 betr. Geschäftsbericht und Rechnung 2005 der Einwohnergemeinde Wohlen
5. Bericht und Antrag 11006 betr. Antrag für eine zusätzliche Stelle im Sozialdienst (100 %, Sozialarbeiter/in)
6. Motion 11007 betr. Neubau oder Erweiterung der Heilpädagogischen Schule (HPS) Wohlen
7. Dringliche Motion 11011 betr. sofortige Einleitung der Totalrevision des Bauzonenplanes
8. Bericht und Antrag 11009 betr. Nachtragskredit (NK) I – 2006

Fischer Arthur, Präsident: Begrüsst die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

20 0.011.5 Einwohnerrat; Eingänge und Mitteilungen
Eingänge und Mitteilungen

Fischer Arthur, Präsident: Seit der letzten Sitzung hatten die Mitglieder des Einwohnerrates folgende Eingänge zu verzeichnen:

- 11010 Bericht und Antrag betr. Chinderhuus / Anpassung Tarifordnung
- 11011 Dringliche Motion betr. Sofortige Einleitung der Totalrevision des Bauzonenplanes
- Jahresbericht und Rechnung 2005 des Abwasserverbandes Wohlen-Villmergen-Waltenschwil

Aufgelegt ist der Jahresbericht des Vereins für Jugend und Freizeit.

An der letzten Sitzung des Einwohnerrates wurde das Geschäft BNO behandelt. Anlässlich dieses Traktandums gingen sehr viele Anträge ein. Zum Teil waren diese unübersichtlich und kaum leserlich. Das Einwohnerratsbüro hat daher an seiner letzten Sitzung beschlossen, dass von nun an pro Antrag ein Papier zu verwenden ist. Diese können auch im Vorfeld dem Ratsbüro per e-Mail zugestellt werden.

Inpflichtnahme Bernhard Kammer, SP

Fischer Arthur, Präsident: Liest das Amtsgelübte vor und nimmt Bernhard Kammer, SP, in Pflicht.

Bericht und Antrag 11002 betr. Evaluationsbericht „Konzept für die Schulleitung Wohlen“

Andy Bächer, GPK-Sprecher: Herr Präsident, geschätzte Anwesende, die GPK hat an der Sitzung vom 20. April 2006 im Beisein von Gemeinderat Paul Huwiler, Schulpflegspräsident Franco Consiglio und Schulsekretär Ernesto Hitz den Evaluationsbericht zur Kenntnis genommen.

Nach 3 ½ Stunden intensiver Beratung der BNO schien in der GPK das Pulver etwas verschossen. Aus der Mitte der GPK gab es wenig Fragen. Dieser Bericht ist lediglich zur Kenntnisnahme, es können keine Anträge gestellt werden.

Die ER Fraktion der CVP-CSP/Junge CVP hat bei der Einführung der Schulleitungen an der Einwohnerratssitzung vom 20. Januar 2003 den Antrag für eine Evaluation der Schulleitungen in 2 Jahren gestellt. Eine Mehrheit des Einwohnerrates hat diesem Anliegen zugestimmt. In der Annahme, dass die einführende Behörde diese Evaluation durchführe wurde der Zeitplan von 2 Jahren gewählt.

Der Schulpflege sowie einem Teil der GPK scheint diese Zeitspanne als kurz. Für den nun vorliegenden Evaluationsbericht wurde ein externer Fachberater beigezogen. Der Bericht basiert ausschliesslich auf einem Fragebogen, der von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schule Wohlen (Schulleitungen, Lehrkörper, Schulpflege, Hauswart, Sekretariatspersonal) beantwortet wurde. Laut Aussage des Fachexperten kann der Rücklauf von 53% als gut bezeichnet werden. Die GPK hätte aber eine grössere Beteiligung von beinahe 100% erwartet.

Leider gibt der Bericht wenig zum Ausdruck wie die Betroffenen die Veränderungen wahrnehmen. Wo liegen die Vor- und Nachteile bei unserem Konzept? Weitgehend fehlen Kernaussagen zu Veränderungen für Lehrer, Schüler, Eltern und Behörden. Das Organigramm und das Funktionsdiagramm fehlen gänzlich.

Hingegen wird im Bericht sowie auch vom Schulpflegpräsidenten der Hinweis gemacht, dass auf gar keinen Fall auf ein zentrales Schulsekretariat verzichtet werden kann. Viel zu hoch sei der administrative Aufwand zur Zeit für die Schule Wohlen. Zur Information, Schulleitersekretariat: Sekretariat im Schulcenter direkt vor Ort. Zentrales Schulsekretariat: Koordination sämtlicher Fragen die im Zusammenhang mit der Schule stehen. Koordinationsstelle vom SP-Präsidenten. Beim Betrachten der verschiedenen Grafiken stellt man fest, dass bei vielen Fragen der Ist-Zustand nicht dem Soll-Zustand entspricht. Wann ist Handlungsbedarf nötig? Ist die Kennzahl der Priorität der Bedürfnisse deutlich über 2 so ist Handlungsbedarf notwendig. Laut Aussage des Schulpflegpräsidenten sind bereits einige solche Verbesserungen in das Konzept eingeflossen. Unter anderem wurde ein Krisenmanagement und ein Leitfaden zur Führung von Personalgesprächen eingeführt. Weiter in Arbeit sind Kommunikationskonzept und Organisationskonzept. Grundsätzlich geniessen die Schulleitungen bei den Direktbetroffenen eine hohe Akzeptanz.

Die Schulpflege arbeitet an einem 4-Jahresplan und sieht dieses Konzept als rollendes Konzept, welches laufend den Veränderungen angepasst und ergänzt wird. Zum heutigen Zeitpunkt, kann gemäss Aussage vom Schulpflegpräsident aber nicht gesagt werden, ob das Wohler Konzept auf immer beibehalten wird, vieles ist im Umbruch. Diese 4-Jahresplanung soll den Behörden in den nächsten Jahren einen Überblick über die benötigten Ressourcen geben. Der bewilligte Kostenrahmen für die Schulleitungen von rund Fr. 961'000 wurde im Rechnungsjahr 2004

leicht unterschritten. Die GPK nimmt den Bericht mit den mündlichen Ergänzungen des Schulpflegerpräsidenten zur Kenntnis.

Paul Huwiler, Gemeinderat: Der Gemeinderat hat keine Ergänzungen zu machen. Falls noch Fragen offen sind, wäre die Schulpflege zuständig.

Arsène Perroud, SP: Hinter dem Wunsch der bürgerlichen Parteien, das Schulleitungskonzept bereits nach so kurzer Zeit zu Evaluieren, konnte unsere Fraktion noch nie stehen. Es ist verfrüht, gehaltvolle Aussagen machen zu können. Wir wissen alle, dass die Einführung der Schulleitung ein jahrelanger Prozess ist, der einen Kulturwandel der Institution Schule bedingt. Dieser geht nur langsam vor sich. Eine Evaluation hätte nach 5 Jahren stattfinden sollen. Nun musste bereits nach gut einem Jahr eingeleitet werden. Das ist einfach verfrüht.

Für den internen Betrieb der Schule sagt der Bericht einiges aus, wo Verbesserungen angebracht werden, was noch gemacht werden muss. Das ist sicher wertvoll. Aber der Bericht macht keine Aussagen, welche Wirkung nun die Schulleitung nach aussen und innen hat. Dies ist auch gar nicht möglich. Der Bericht ist nur auf die Ebene Lehrerschaft/Schulleitung bezogen. Weder Schüler noch irgendwelche aussenstehende Personen werden befragt. Aus unserer Sicht ist es die Bestätigung, dass das Konzept stimmt, die Finanzen im Lot sind und die Gemeinde Wohlen immer noch keine Mercedes-Lösung als Schulleitung hat. Aber wir fragen uns noch immer, warum der Einwohnerrat diese Evaluation dazumal beschlossen hat. Wir sind froh, dass wir den Bericht nur zur Kenntnis nehmen müssen.

Ronny Fricker, CVP: Der Evaluationsbericht wurde durch die CVP anlässlich der Fraktionssitzung im Beisein von Schulpflegerin Cornelia Meier besprochen.

Anlässlich der Besprechung merkten wir, dass das Thema Schule, Schulleitung, Schulzukunft, usw. eine komplexe Angelegenheit ist und dass die Schule Wohlen noch eine Menge Arbeit und Änderungen erwartet.

Mit einigen Punkten des Berichtes sind wir jedoch nicht ganz zufrieden. Als Beispiel nehme ich das Thema Rücklauf auf Seite 5:

53 % der Befragungsformulare wurden retourniert. Diese Rücklaufquote von 53 % wurde im Bericht als „sehr gutes Resultat“ bezeichnet. Wir meinen, es wäre auch – insbesondere für die Schulleitung – von Interesse gewesen, welche Meinung die fehlenden 47 % gehabt hätten.

Mit dem Bericht, welcher die CVP damals mit der Zustimmung der Ratsmehrheit verlangte, wird die Schulleitung für die nächste Zukunft jedoch ein gutes Hilfsmittel zur Verfügung haben.

Die CVP nimmt in diesem Sinne vom Evaluationsbericht Kenntnis.

Matthias Jauslin, FDP: Ich rede im Namen der Fraktion FDP. Wir bedanken uns bei den Verfassern für eine erste Standortbestimmung der Umsetzung Schulleitung Wohlen.

Bei uns stellt sich die Frage, welchen Bedürfnissen eigentlich die Schulleitung gerecht werden muss. In der umfangreichen Befragung kommt nämlich der Kunde, sprich Schülerinnen und Schüler inklusive deren Eltern, nicht zum Zuge. Auch wird der Besteller, in diesem Falle der Steuerzahler, nicht befragt. Das mit dem Ausblenden dieser wichtigen Parteien ein Festlegen der Sollwerte unvollständig erfolgt, liegt auf der Hand.

Was uns interessiert ist schlicht und einfach der Mehrwert aus der ganzen Übung. Gemäss Bericht scheint die Richtung offensichtlich zu stimmen. Jetzt muss die Schulpflege und der Gemeinderat aufpassen, dass nicht über das Ziel hinaus geschossen wird und die Forderungen

immer grösser werden. Das Produkt „Schule Wohlen“ muss als kompakte Einheit auftreten. Das dem noch nicht so ist zeigen zum Beispiel die Leitbilder der verschiedenen Schulzentren. Sechs verschiedene solche Leitbilder wurden erarbeitet. Hier vermissen wir diese Einheitlichkeit und damit die Effizienz. Es darf nicht sein, dass für Schülerinnen und Schüler die in verschiedenen Schulzentern zur Schule gehen, verschiedene Grundsätze gelten.

Auch wenn die Schulpflege noch diverse Feinabstimmungen vornehmen muss, sind wir überzeugt, dass die Anzahl Schulpflegemitglieder ab der nächsten Amtsperiode auf fünf reduziert werden kann. Nur so wird gewährleistet, dass die notwendigen Prioritäten gesetzt werden und man sich auf das wesentliche und auf das Einfache beschränkt.

Gespannt wartet die FDP Fraktion auf die nächste Standortbestimmung.

Marlis Spörri, SVP: Ich gebe die Meinung der Fraktionsgemeinschaft SVP Wohlen-Anglikon und Dorfteil Anglikon bekannt:

Der Evaluationsbericht zeigt auf, wie zufrieden man mit der Schulleitung ist. Der Rücklauf der Erhebung ist allerdings nur etwas mehr als 50 %. Wie objektiv sind somit die Aussagen?

Der Bericht zeigt auch, wie die zusätzliche Manpower absorbiert worden ist und es schimmert durch, dass Abbau überhaupt kein Thema sein kann. Eigentlich genau so, wie wir es befürchtet haben.

Die Darstellung der Kostenentwicklung scheint uns nicht genügend. Da wäre eigentlich eine genaue Auflistung in Tabellenform angezeigt gewesen, ausgehend von den im Bericht und Antrag 10037 vom 16.02.2002 budgetierten Mehrkosten von Fr. 402'000 bis und mit Budget 2006.

Uns erscheint, dass die mittels Ergänzungsantrag verlangten Ausführungen über Weiterentwicklung und Änderungen nicht mit grosser Sorgfalt gemacht wurden.

Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis und möchten die Schulpflege darauf hinweisen, sich jetzt schon mit Budgetkürzungen anzufreunden, denn das Geld ist knapp, wie wir alle wissen.

Anna Keller, EL & Grüne: Die allgemeine Meinung unserer Fraktionsgemeinschaft hat Arsène Perroud bereits mitgeteilt. Nun habe ich noch einige persönliche Bemerkungen. Von mir aus gesehen wäre es wünschenswert, bei solchen Berichten darauf zu achten, wer der Adressat ist. Er beinhaltet viele interessante Sachen. Doch die meisten von uns sind Laien. Es wäre wünschenswert, wenn der Bericht auch dementsprechend formuliert wäre. Was mir speziell fehlt, sind befragte Eltern, ergänzt durch Schüler und Schülerinnen. Ich wünsche mir dies für den nächsten Bericht.

Mich würde interessieren, warum plötzlich 8 Schulleiter und Schulleiterinnen auftauchen. Meines Wissens nach gibt es 1 Schulleiterin und 6 Schulleiter. Wer ist die 8. Person, die auf Seite 5 erscheint?

Seite 3 wird aufgezeigt, dass das Präsidium der Schulleitungskonferenz an einen der Schulleiter übergegangen ist. Dies ist für mich kein Problem. Aber mir fehlt die Information nach aussen. Wer ist dies jeweils? Für wie lange? Wo ist diese Person zu erreichen? Hat diese Person spezielle Kompetenzen? Grundsätzlich erachte ich es als positiv, dass es eine Person gibt, welche als Ansprech- und Kontaktperson bezeichnet wurde, welche für die ganze Schule zuständig ist, nebst Schulleitung und Schulpflegepräsident.

Grundsätzlich begrüße ich jeden Schritt zur besseren Information und Kommunikation sowohl innerhalb wie ausserhalb der Schule. Ich unterstütze ganz grundsätzlich den im Bericht stehenden Satz: „Betroffene zu Beteiligten machen.“ Dieser Weg muss unbedingt beschritten werden.

Corsiglia Franco, Präsident der Schulpflege: Wir haben 7 Schulleiter plus eine Kindergartenrektorin, die aber auch schon eine Leitungsfunktion hat.

Der Einwohnerrat nimmt vom Evaluationsbericht „Konzept für die Schulleitung Wohlen“ Kenntnis.

Bericht und Antrag 11008 betr. Geschäftsbericht und Rechnung 2005 der Einwohnergemeinde Wohlen

Peter Tanner, SVP: Unsere Fraktion stellt den Antrag auf Entgegennahme statt Genehmigung des Geschäftsberichtes sowie Verwaltungs- und Bestandesrechnung 2005. Um der Bestimmung in der Gemeindeordnung § 31 Abs. 2 b) nachzukommen, stellt unsere Fraktionsgemeinschaft den Antrag, den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2005 seien nur entgegenezunehmen und nicht wie vorgesehen zu genehmigen. Der vom Gemeinderat gestellte Antrag Seite 93 ist formell falsch, weil er wörtlich die Genehmigung des Geschäftsberichtes und der Jahresrechnung verlangt und nicht die Entgegennahmen. Der gemeinderätliche Antrag verstösst so im Wortlaut gegen die Gemeindeordnung. Diese wurde erst kürzlich revidiert und soll nicht im ersten Jahr ad absurdum geführt werden.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir haben dies in der Gemeindeordnung und im Gemeindegesetz gelesen. Dies sollte nicht sein. Aber auch in der alten Gemeindeordnung war dies so geschrieben. Wir können mit der Formulierung leben.

Bertschi Bruno, SVP: Dies hat aber zur Folge, dass wir weder über den Geschäftsbericht noch über die Jahresrechnung abstimmen müssen. Ist dies richtig?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Bei der Rechnung ist dies sicher falsch, da es eine Déchargeerteilung ist. Die Rechnung unterliegt dem fakultativen Referendum.

Gallatti Jean-Pierre, SVP: Die Meinung von Herrn Bertschi ist falsch. Wir müssen über beides abstimmen, aber nur über die Entgegennahme und nicht über die Genehmigung. Dies ist der Wortlaut in der Gemeindeordnung.

Perroud Arsène, SP: Worüber stimmen wir ab? Müssen wir, wie dies Gemeindeammann Walter Dubler gesagt hat, über die Jahresrechnung abstimmen und dem Gemeinderat die Entlastung erteilen oder müssen wir dies nicht und nur entgegennehmen? Es macht für mich Sinn, wenn beides aufgeteilt ist, aber es macht für mich keinen Sinn, wenn man die Rechnung nur entgegen nimmt, also zur Kenntnis nimmt.

Dubler Walter, Gemeindeammann: In der Gemeindeordnung steht unter § 31 Abs. 2 geschrieben: „Unter Vorbehalt des obligatorischen oder fakultativen Referendums beschliesst der Einwohnerrat über: b) Entgegennahme des Geschäftsberichtes und der Gemeinderechnungen.“ Wir müssen abstimmen, da die Formulierung „beschliesst“ heisst. Im Gemeindegesetz § 20 Abs. 2 steht weiter unter Gemeindeversammlung, somit gilt dies auch für den Einwohnerrat: „Die Gemeindeversammlung hat folgende Aufgaben und Befugnisse: b) die Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes sowie der Gemeinderechnungen und die Beschlussfassung darüber.“ Das nächste Jahr wird beim Antrag des Gemeinderates anstelle von Genehmigung Entgegennahme stehen. Die Abstimmung wird aber trotzdem für beides stattfinden. Es ist eine Décharge-Erteilung wie sie in jedem Verein vorkommt.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion SVP Wohlen-Anglikon und Dorfteil Anglikon

Antrag auf Entgegennahme statt Genehmigung von Geschäftsbericht sowie Verwaltungs- und Bestandesrechnung 2005

wird mit 16 Nein-Stimmen, 10 Ja-Stimmen und 10 Enthaltungen abgelehnt.

Geschäftsbericht

Unteregger Thomas, GPK-Präsident:

Einleitung

Was ist dieser Geschäftsbericht? Eine Rückschau? Gegenwarts- oder Zukunftsbericht? Wird der ER diesen annehmen oder ablehnen oder reicht eine Zustimmung? Ist er eine Geschichtsschreibung unserer vergangenen Gemeindepolitik, oder wollen wir daraus etwas für unsere Gegenwart und Zukunft lernen? Selbst in der GPK konnten diese Fragen nicht beantwortet werden. Ohne Vergangenheit gibt es keine Zukunft! Unter dieser Betrachtungsart werde ich versuchen, den Fokus auf den Geschäftsbericht 2005 zu richten.

Ausgangslage

Bekanntlich ist der Geschäftsbericht in 2 Teile aufgeteilt. Die GPK hat den Teil des Geschäftsberichts, also die „Geschichtsschreibung“ des Jahres 2005 unseres Dorfes, ohne Finanzen und Jahresrechnungszahlen angeschaut.

Wichtig zu wissen ist folgendes: Die Zusammensetzung der Exekutive und der Legislative stammte aus der vergangenen Amtsperiode und endete im Dezember 2005. Die veränderte und neue Zusammensetzung für die nächsten Jahre beider Räte sind uns bekannt. Der Gemeinderat wurde nicht ganz zur Hälfte neu gewählt. Der Einwohnerrat hat sich knapp zur Hälfte neu verändert. Daraus ist zu lesen wie schnell sich Alles verändern kann.

Neue Menschen neue Ideen und neue Arten zu politisieren. So gesehen hoffe ich auf Verständnis und ein wenig Toleranz meiner Art der Vorstellung des Berichtes. Ich denke mit Ihrer Hilfe (aufbauende Kritik ist erwünscht!) und meiner noch fehlenden Politerfahrung, werde ich somit den nächsten Jahresbericht im 2007 (noch) besser vorlegen. Sie merken, dies war nun ein Blick in die nahe Zukunft.

Dank

An dieser Stelle, bedanke ich mich im Namen der gesamten GPK, beim Gemeinderat aus dem Jahre 2005 für Ihren Einsatz und das Engagement. Den nicht gewählten ehemaligen Gemeindevertretern, viel Gesundheit und Genugtuung in der „Pension“!

Vorbemerkung Präsident GPK

- Verwaltung

Die Verwaltung erledigt die ihr zugetragenen Aufgaben sehr gut. Ein grosses Kompliment an die Abteilungsführung und deren Mitarbeiter. Anfragen und Auskünfte können jederzeit eingeholt werden und die Antworten sind kompetent.

- Executive

Der (erzwungene) Wechsel im Gemeinderat war ein Zeichen des Wählers. Einige gute Projekte und Geschäfte sind in diesem Gremium erarbeitet worden. Die Zeichen zur besseren Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Einwohnerrat, sind kaum zu überhören gewesen, leider ist dieser Feststellung immer noch zu wenig Beachtung geschenkt worden, so dass die Umsetzung bisher zu wenig spürbar ist.

Die Zusammenarbeit zwischen der Exekutive und Legislative war gegen Ende der Legislaturperiode alles andere als optimal. Auf beiden Seiten ist viel Energie mit entsprechenden Grabenkämpfen vertan worden. Ich denke hier sind beide Räte gefordert mit Offenheit, Fairness, Toleranz, und Professionalität, Verbesserungen anzustreben. Nur gemeinsam finden wir den richtigen Weg.

- Legislative

Hierzu ist der Einwohnerrat ebenfalls gefordert seinen Beitrag zu leisten. Letzterer hat ende 2005 (richtigerweise) zwei Geschäfte, welche mangelhaft vorbereitet waren, zurückgewiesen. Leider fehlt ein Hinweis im Geschäftsbericht über die Kreditrückweisung zur Sanierung der Fenster am Gemeindehaus.

Den abgetretenen Mitgliedern des Einwohnerrates ebenfalls ein Dankeschön und weiterhin nur Gutes und viel Gesundheit.

- Geschäftsbericht der Amtsperiode 2005

Der letzte Geschäftsbericht der auslaufenden Amtsperiode 2005 ist immer noch zu sehr auf Geschichtsschreibung ausgerichtet.

Und nun erlaube ich mir, die Schlagwörter „Visionen“ und „Strategie“ zu erwähnen. Solche Grundlagen und Zielsetzungen sollten in einer Legislaturplanung zu Beginn gleich vorgelegt werden.

Die gesamte Finanzentwicklung unserer Gemeinde, sieht wie nachfolgend von Seite Finanzkommission vorgestellt, wieder düsterer aus. Die endlosen Themen bezüglich Steuererhöhung oder Steuersenkung sind nicht alleine ausschlaggebend für die weitere Finanzentwicklung. Ohne Strategie und Visionen ist eine ideale Entscheidungsfindung nach dem Zufallsprinzip und nicht nach Prioritäten möglich. Viele unserer Gemeindeausgaben hängen von Bautätigkeiten ab. Dieser „Baubereich“ hat sich in den letzten 10 – 15 Jahren durch die Globalisierung gewaltig verändert. Erkennt man, dass bei einem „Bauprojekt“ die Kostenbeeinflussung am Anfang im strategischen Teil beeinflussbar ist und während der Bauzeit kaum mehr Kosteneinsparungen möglich sind, wird klar, welche Kompetenz vom Bauherrn abverlangt wird.

Der Hinweis in der Einleitung (S. 1 im Bericht), dass der Gemeinderat sein Bestmögliches aus dieser Situation für die kommenden Projekte (Badi etc.) macht, ist eine zu wenig aussagekräftige Aussage.

Es wird Manpower gefragt sein, welcher teilweise „zugeholt“ werden muss, da muss auch der Einwohnerrat in die Verantwortung genommen werden.

Bereits im Ausblick (S. 1 im Bericht) wird auf ein sehr wichtiges und erledigtes Geschäft verwiesen, die Bau und Nutzungsordnung. Im Anschluss an diesen soll die Voll-Revision des Zonenplanes aus dem Jahre 1978 eingeleitet werden. Richtigerweise will der Gemeinderat ein besonderes Augenmerk auf Ferropolis richten.

Die Aussage, er werde somit das Projekt mit aller Aufmerksamkeit begleiten, ist mir als Einwohner von Wohlen zu wenig. Das Projekt Ferropolis wird auf unser Dorf allgemein Auswir-

kungen haben. Dieses Thema und verschiedene ausgaben-trächtige Projekte bzw. derer Abrechnung werden uns, was die Finanzen angeht im 2006 und darauf folgend, beschäftigen.

Die GPK hat den Geschäftsbericht an ihrer 5. Sitzung vom 25. Mai ernsthaft beraten und geprüft.

Finanzlage

Die GPK hat zur Kenntnis genommen, dass die Finanzlage alles andere als rosig ist. Der Steuerertrag ist einmal mehr gestiegen aber der Aufwand ist zu gross. Bei den Steuerträgen ist der pro Kopf Steuerertrag leicht gesunken!

Seite 4 Redaktionell

Roger Isler Einwohnerrat CVP ist auf der Seite 4 vergessen oder verloren gegangen.

Seite 7 Eintrag Fenster-Sanierung

Der Kreditantrag für die Sanierung der Fenster im Gemeindehaus wurde durch den Gemeinderat zurückgezogen und ist dem zu Folge kein Beschluss. Trotzdem wäre ein Eintrag im Geschäftsbericht sinnvoll oder erwünscht.

Seite 8 Pendente Vorstösse in der Zuständigkeit des Gemeinderates

- Motion 10015 Einführung von Dauerparkergebühren ist nach wie vor pendent. Wäre eine Einnahmequelle.
- Motion 10060, Jugend- und Familienpolitik ist ebenfalls pendent und liegt beim Gemeinderat Paul Huwiler.
- Für die weiteren pendenten Motionen will man am Ball bleiben.
- Postulat 10041, Anschluss der Einwohnergemeinde Wohlen an eine Kompogasanlage
Dieses Postulat möchte der Gemeinderat wie im Bericht aufgeführt abschreiben. Die GPK ist einstimmig der Meinung, dass das Postulat nicht abzuschreiben ist.

Die GPK stört sich daran, dass die Fristen zur Behandlung von überwiesenen Vorstössen nicht besser eingehalten werden.

Seite 16 ZUPLA ZSO

Auf Anfrage der GPK nach dem Ist-Stand hat der Gemeinderat bestätigt an der Problemlösung zu arbeiten.

Seite 17 Regionalpolizei

Man ist froh, wenn man nichts zu tun hat mit ihr und doch ist man froh um! Nach 37 Dienstjahren ist auch Robert Müller in den wohl verdienten Ruhestand getreten. Die beiden Bilder auf Seite 18 sind schöne Zeitbilder. Der aufgeführte Bericht der Polizeieinsätze setzt klare Signale und die Bilder auf Seite 19 sind ebenfalls aussagekräftig. Über die häufig besetzten Behindertenparkplätze von Nichtbehinderten möchte ich gar nicht eingehen.

Seite 23 bis 25 Feuerwehr

Allen Feuerwehrleuten gebührt ein respektvolles und herzliches Dankeschön. Einsätze an Brandstellen und Verkehrsunfällen sind schwierige Aufgaben!

Seite 30 Allgemein / Kultur

Bedauerlicherweise wird es immer schwieriger Menschen zu finden die ehrenamtlich für die Allgemeinheit etwas leisten. In diesem Saal muss sich aus dieser Sicht wohl niemand verstecken.

Seite 38 Skatepark

Erfreulich, die Skatbordanlage ist sehr beliebt und wird entsprechend viel benutzt. Die GPK hält fest, dass eine WC-Anlage fehlt und die Benutzer ihr Geschäft teilweise im Gebüsch oder in den WC-Anlagen der Minigolfanlage oder dem Sportzentrum verrichten.

Persönliche Anmerkung: Nutzersynergien sämtlicher Anlagen in diesem Gebiet sind in der Vergangenheit ungenügend wahrgenommen worden, für mich ist zu hoffen, dass zukünftig etwas mehr überlegt wird. Nicht die Architekten sind hier Schuld, da ist die Bauherrschaft gefordert.

Seite 60 Altlasten

Im ganzen Kanton Aargau gibt es 3800 Standorte von alten oder ehemaligen Gruben. Die GPK fragt sich ob in unserer Gemeinde, ausser den bekannten 2 Standorte, noch mehr Standorte vorhanden sind?

Seite 63 Raumentwicklung / Ortsplanung

In meiner Einleitung habe ich bereits kurz auf die fehlende Revision des Zonenplanes hingewiesen. Nach Diskussionen zwischen GPK und GR sollten wir uns Gedanken machen wie sich die Raumentwicklung und Wohlen allgemein in Zukunft entwickeln soll. Diese Aufgaben und Lösungsansätze können nicht vom Bauverwalter gelöst werden, wie dies immer wieder zu hören ist. Der Bauverwalter hat andere wichtige Hauptaufgabe. Durch die jahrelange Herausforderung der Voll-Revision des Zonenplanes und der stetig zunehmenden Komplexität zum Thema Ortsplanung / Raumentwicklung und Bauwesen, wird die Aufgabe entsprechend immer komplexer. Wie bei der Erstellung der BNO benötigen wir hierzu externen Manpower. Wir müssen uns alle erzwingen, länger als eine Legislaturperiode zu planen!!

Seite 187 Pensionskasse

Die Gemeinde konnte nicht wie die IBW Reserven bereitstellen. Die Sanierung soll im Jahre 2008 passieren und aus der Eventualverpflichtung soll eine reale Verpflichtung werden. Konkrete Ideen sind vom GR gefordert. Mehr dazu vermutlich im 2. Teil des Geschäftsberichtes.

Die GPK empfiehlt den Geschäftsbericht 2005 der Einwohnergemeinde Wohlen mit 5 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme zu genehmigen.

Ich habe das Gefühl, mit dem Herunterlesen dieser Einzelheiten ersparen wir uns in der Detailberatung ein paar Minuten.

Fischer Arthur, Präsident: Ich möchte bemerken, dass die GPK und auch die Finanzkommission allgemeine Stellungnahmen und Erläuterungen abgeben sollen. Was jetzt gemacht wurde, war bereits eine Detailberatung. Ich hoffe, die Ratsmitglieder konnten den Ausführungen folgen und stellen nicht die gleichen Fragen.

Bächer Andy, GPK: Ich möchte unserem GPK-Präsidenten den Rücken stärken. Die GPK hat die Aufgabe, den Geschäftsbericht zu prüfen und dazu einen Kommentar abzugeben. Und genau dies hat unser Präsident gemacht. Er hat genau die Fragen, die wir bei der GPK-Sitzung gestellt haben, dargelegt zur Kenntnisnahme für den ganzen Rat. Ich finde es daneben, wenn man dies als Detailberatung bezeichnet. Er wollte unsere Arbeit kundtun.

Gfeller Koni, FDP: Die Fraktion FDP hat den Jahresbericht 2005 der Einwohnergemeinde behandelt. Es war ein Jahr in dem nicht gerade viele neue Projekte angegangen wurden, also ein eher ruhigeres Geschäftsjahr. Was aber uns aufhorchen liess ist das Leitwort Attraktivität.

Auf allen Ebenen wird Attraktivität verlangt, sei es

- Attraktive Wohnqualität,
- Attraktivität des Steuerfusses
- Attraktives Geschäftszentrum
- Attraktivität im öffentlichen Verkehr,
- Attraktivität in Bildung und Kultur

Doch allen ist klar, dass um diese Forderungen erfüllen zu können auch Investitionen getätigt werden müssen. Viele Projekte stehen schon seit längerer Zeit an, wie Bifang, Badi, Kunsteisbahn etc. Es ist die Zeit angebrochen, da wir alle gefordert sind und gemeinsam gangbare und überlegte Lösungen anzustreben. Ohne Investitionen gibt es auch kein Wachstum, und Wachstum in der Wirtschaft bedeutet Arbeit.

Nach der Verabschiedung der BNO gilt es nun, dass die Revision des Zonenplans sofort eingeleitet wird, so dass auch das Riesenprojekt Ferropolis in unseren Zukunftsvisionen richtig eingegliedert werden kann.

Die FDP Wohlen würdigt diesen Bericht, und sieht auch die Notwendigkeit dieser Geschichtsschreibung. Wir stellen uns die Frage, muss dieser Bericht so umfänglich sein, oder können auch hier eventuelle Abstriche getätigt werden? Mit diesen 188 Seiten Jahrsbericht wurde eine sehr grosse Arbeit mit dem entsprechenden Zeitaufwand geleistet.

Die Fraktion FDP hat diesen inhaltlich sehr guten und gefälligen Geschäftsbericht einstimmig gut geheissen. Im Namen der FDP danke ich allen Beteiligten für das Erstellen dieses Berichtes, und die immer wiederkehrenden Arbeiten, die jährlich für uns alle geleistet werden.

Perroud Arsène, SP: Wieder einmal haben wir ein dickes Heft erhalten, in dem das Jahr 2005 niedergeschrieben ist. Die Verwaltung und Gemeinderat zeigen auf, was in Wohlen alles passiert ist und wie sich unser Dorf entwickelt. Wir danken allen Beteiligten für die ausführliche Arbeit, die in diesem Bericht steckt.

Die Fraktion SP/ELG sieht die positive Entwicklung in den letzten Jahren, welche die Gemeinde gemacht. Viel Liegegebliebenes wurde und wird aufgearbeitet und auf einen aktuellen Stand gebracht. Dafür gebührt der Verwaltung und dem Gemeinderat einen herzlichen Dank.

Natürlich wünschten wir ein stärkeres Engagement der Gemeinde in verschiedenen Bereich. Namentlich im Umweltschutz, im kulturellen Bereich und im Sozialbereich, wäre noch vieles machbar. Wir sind uns aber auch bewusst, dass dies nur beschränkt möglich sein wird.

Wir sind grundsätzlich der Meinung, dass die Geschäfte im Jahr 2005 positiv zu beurteilen sind und werden dem vorgelegten Geschäftsbericht zustimmen.

Wir sind aber auch besorgt. Besorgt über die desaströse finanzielle Lage der Gemeinde Wohlen, über die ständig wachsenden Ausgaben der gesetzlichen Sozialhilfe und über die immer noch schlechte Anbindung an den öffentlichen Verkehr.

Soziales

Dass die Kosten der gesetzlichen Sozialhilfe immer weiter in die Höhe klettern, erfreut unsere Fraktion gar nicht. Wir sehen die Anstrengungen und auch Erfolge der Sozialen Dienste, die Sozialhilfeempfänger wieder in den Arbeitsprozess einzubinden. Neben dem finanziellen Aspekt ist das auch wichtig für die psychische Verfassung der Betroffenen. Dass die Sozialen Dienste Teilohnprojekte ansprechen und vielleicht auch ins Auge fassen, erachtet unsere Fraktion als sehr wichtig. Wir werden das Problem nicht alleine lösen können, aber einen Beitrag dazu leisten.

ÖV

Der Gemeinderat fordert nun aktiv, dass die Region Wohlen endlich besser an den öffentlichen Verkehr angebunden wird. Für dieses Engagement sind wir sehr dankbar. Vor allem mit Blick auf ein mögliches Ferropolis ist dieser Frage weiterhin grosse Aufmerksamkeit zu schenken. Auch wenn Regierungsrat Beyeler ständig die vorhandenen Möglichkeiten relativiert, müssen wir am Ball bleiben. Eine gute Anbindung an den öffentlichen Verkehr macht eine Region attraktiv und schont die Umwelt. Als eigenverantwortliche und naturwahrnehmende Bürgerinnen und Bürger ist uns dies wichtig.

Die Fraktion SP / Eusi Lüt&Grüne wird den Geschäftsbericht 2005 einstimmig genehmigen.

Tanner Peter, SVP: Wir sind in der Frage: „Geschäftsbericht Ja oder Nein?“ etwas gespalten, weil wir auch mit einer Ablehnung nichts mehr ändern können. Die ganze Fraktion ist hingegen sehr kritisch eingestellt, gegen die im Geschäftsbericht präsentierten Inhalte und möchte ein Zeichen setzen.

Wir sind grossmehrheitlich der Meinung, den vorliegenden Geschäftsbericht 2005 nicht einfach als Vergangenes zu betrachten. Viele wichtige Kennzahlen sprechen nicht für eine rosige Wohler Zukunft, und wir dürfen deshalb nicht einfach sagen „Schwamm drüber“. „S'Füfi loh grad z'ieh“ ist edel aber nur bei denen, die mit dem eigenen Geld wirtschaften. Wenn es um anvertraute Gelder wie Steuergelder geht, ist besondere Sorgfalt angebracht.

Uns scheint, dass die aktuelle und zukünftige Situation von Wohlen kein Verkennen der Lage erträgt. Wer den vorliegenden Jahresbericht richtig betrachtet hat, kann diesem Satz sicher zustimmen. Massnahmen, die zur Verbesserung beitragen, sind bei den wirklich Interessierten sehr willkommen gewesen. Die eine oder andere Konsequenz ist erwähnt, doch wegen der angespannten Finanzlage hätten sich deutlichere Fingerzeige noch besser gemacht. Der Bericht zeigt leider nur auf, was in den einzelnen Bereichen getan worden ist. Im Bericht kommt zu wenig zum Ausdruck, ob und wie die Probleme erkannt worden sind, was eigentlich zusätzlich gemacht werden könnte oder sogar gemacht werden müsste. Es macht den Anschein, dass das konzeptionelle Denken zu kurz kommt.

Was von besonderer Wichtigkeit ist: Warum sind die Steuereinnahmen eigentlich nur in Wohlen richtiggehend eingebrochen? Und daraus ergibt sich weiter: Wie sind die Einnahmen zu steigern? Wer und mit welcher Intensität kümmert sich darum? Kann dabei die Steuerfusserhöhung ein Thema sein? Wer da drauf ernsthaft mit JA antwortet, missachtet die Signale, welche an der Wand stehen. Wer keine oder fast keine Steuern bezahlt, rechnet nicht, wer Steuern bezahlt, rechnet, wer viel Steuern bezahlt, rechnet noch mehr und sagt am Schluss „leider nein“ zu Wohlen

Wir alle kennen Beispiele, es sind nicht einmal SVPLer, die weggezogen oder am Wegziehen sind. Es gibt sogar Einwohnerräte ausserhalb unserer Partei, die den Wegzug aus Wohlen empfehlen. Die Steuern noch zu erhöhen, wäre wirklich mehr als kontraproduktiv. Eine Steuerfusserhöhung ist einfach zu beantragen, sie scheint beim Stimmvolk aber nicht auf viel Gegenliebe zu stossen, weder für 2007 noch für die weiteren Jahre. Wir wollen niemandem etwas einreden, sondern bloss ein Faktum darstellen.

Ein weiteres Faktum ist die Unsicherheit bei der Frage: Kann beim Steuerfuss von 105 % überhaupt mit dem Besitzstand gerechnet werden? Es gibt zahlreiche Ökonomen, die das anders sehen, vielleicht ist ja der alarmierende Ertragsrückgang ein Vorbote davon. Oder einfach ein Zeichen, dass der Steuerwettbewerb funktioniert.

Wir dürfen festhalten: Das Drehen an der Steuerschraube ist kein Allheilmittel. So nebenbei gesagt: Auch das noch ganz am Anfang stehende Projekt Ferropolis ist übrigens kein Allheilmittel. Wer sich diese Tatsachen verinnerlicht, ist bereit, vom Gemeinderat und Einwohnerrat eine viel

aktivere Gestaltungs- und Führungsarbeit zu wünschen. Wir müssen einsehen, dass wir für Wohlen einfach nicht genug machen. Ich persönlich und die meisten unserer Fraktionsgemeinschaft vermissen wie vorher schon kurz erwähnt konsequente Massnahmen sowohl auf der Einnahmenseite als auch Ausgabenseite. Hier einige Stichworte:

- Wirtschaftskommission einrichten für echtes Standortmarketing
- Pendente Strategiekommission ins Leben rufen
- Totalrevision Zonenplan umgehend einleiten und rasch durchführen
- Keine neuen Schulden, Investitionen erstrecken
- Der Gemeindeammann muss erster Promoter der Gemeinde sein
- Ressortverteilung im Gemeinderat optimieren – gerechte Aufteilung der Aufgaben im Gemeinderat
- Abfallsünder ins Visier nehmen
- Bussenkatalog verschärfen, etc.
- Bessere Auslastung bei Casino und Militärquartieren
- Bewirtschaften der diversen Ausstände bei Steuern, Sozialhilfe, Alimentenbevorschussung auslagern
- Eigenverantwortung stärker gewichten
- Aufwand- und Personalstopp
- Aufwand reduzieren auf Stand 2003
- Wir müssen wissen: 1 Franken weniger Aufwand, braucht 2 Franken weniger Einnahmen. Der linkspopulistische Slogan „vom Kaputt Sparen“ ist ein reines Propagandavehikel und entbehrt jeglicher Grundlage. Die Ausgaben der Gemeinde steigen jedes Jahr mehr als die Wirtschaft wächst.

Wenn wir in einem Jahr nicht wieder das Gleiche durchkauen, sondern einen Schritt weiter sein wollen, müssten wir den vorliegenden Bericht genau sezieren. Nur wenn wir die Bereitschaft aufbringen aus dem Vergangenen zuerst die richtigen Schlüsse zu ziehen, gestalten wir heute die Zukunft. Wer dafür nicht hart genug an sich arbeitet, schädigt unsere Gemeinde. JA sagen, einverstanden sein, ist einfach und bequem – ich persönlich finde zu bequem – mit JA ist keine Leistung für die Allgemeinheit verbunden. Leistung ist aber jetzt gefordert, wir dürfen uns nämlich nicht der Bequemlichkeit hingeben. Solidarität ist allzu oft nicht solidarisches Verhalten, sondern nur bequemes Gehabe.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es wäre wirklich gut, den Geschäftsbericht nicht ohne intensive Betrachtungen abzusegnen, so würden die zu ergreifenden Massnahmen einen viel besseren Startplatz erhalten. Unser und Euer NEIN ist selbstverständlich nicht gegen, sondern für etwas, d.h. für unsere Gemeinde und ihre Zukunft. Der Gemeinderat und die Bevölkerung benötigen dringend ein klares Signal, dass die Zeichen der Zeit erkannt worden sind. Deshalb NEIN zum Geschäftsbericht und somit JA zu einer besseren Zukunft.

Waeber Roger, CVP-CSP: Ich gebe die Fraktionsmeinung der CVP zum Geschäftsbericht und auch gleich zur Jahresrechnung 2005 bekannt. Die Finanzlage der Gemeinde Wohlen ist sehr bedenklich, wenn nicht sogar alarmierend. Ich möchte nicht alle Zahlen nennen, dies wird der Finanzkommissionspräsident Louis Bucher sicher machen. Wir müssen uns wirklich überlegen, wie wir uns aus dieser Situation retten wollen und uns auch in Zukunft die nötigen Investitionen leisten können. Wir denken dabei an die Badi, ans Bifang, Wohlen Mitte usw. Auch wir möchten es nicht unterlassen, den Abteilungsleitern, allen Mitarbeitenden und dem Gemeinderat für den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2005 zu danken.

Detailberatung

Seite 3

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich habe mich bereits bei Roger Isler für das Fehlen seines Namens im Geschäftsbericht entschuldigt. Ich möchte dies auch hier tun. Entschuldige, Roger, dass du vergessen gegangen bist.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Auf Seite 63 geht es um die Raumordnung und Ortsplanung. Zuerst wurde allgemein geschildert, was passiert ist. Danach folgen 10 bis 15 Seiten mit Statistiken und Bildern. Es ist interessant, was geschildert wurde und manchmal ist noch interessanter, was nicht geschrieben wurde. Unsere Fraktion hat den Hinweis, was mit dem Bauzonenplan passiert. Auf Seite 1 des Geschäftsberichtes hat es einen Satz, worin es heisst, die Revision werde anschliessend an die BNO-Revision eingeleitet. In der BNO-Diskussion an der letzten Sitzung haben wir die Befürchtung geäussert (wir hoffen, sie stimmt nicht), der Gemeinderat betreibe Salami-Taktik. Er wolle zuerst die BNO revidieren, nachher die Zonenplanteilrevision Ferropolis machen und irgendwann, vielleicht in 15 oder 10 Jahren, den Bauzonenplan ernsthaft totalrevidiert abschliessen. Dieser Verdacht beschleicht einem, wenn man Seite 63 liest. Dort gehört doch der Gedanke hinein, wie geht es hier weiter beim hauptsächlichen Werk, welches auf gleicher Ebene steht wie die BNO, nämlich der Bauzonenplan. Man sieht hier aber nur Äusserungen zum anderen Werk, zur Teilrevision Ferropolis. Ich möchte nicht, dass der Eindruck der SVP, es werde Salami-Taktik betrieben, zutrifft. Deshalb wären wir dankbar, wenn der Gemeinderat zu diesem Thema noch zwei, drei Sätze sagen könnte, damit wir nicht wieder einen Vorstoss machen müssen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich weiss nicht, ob Jean-Pierre Gallati das Vorfeld vorbereitet für die Dringliche Motion. Wir nehmen zu diesem Thema beim Traktandum 7 Dringliche Motion 11011 betr. Sofortige Einleitung der Totalrevision des Bauzonenplanes Stellung, wenn Dringlichkeit beschlossen wird.

Seite 8 / Postulat 10041 betr. Anschluss der Einwohnergemeinde Wohlen an eine Kompost-Anlage

Fischer Arthur, Präsident: Die GPK hat an ihrer Sitzung beschlossen, die Ablehnung der Abschreibung dieses Postulates zu beantragen. Der Rat muss darüber befinden, ob er dem gemeinderätlichen Antrag zustimmen will oder nicht.

Müller Christian, Gemeinderat: Ich möchte doch noch kurz begründen, warum wir diese Motion zur Ablehnung empfehlen. Wir haben die Angelegenheit in Zusammenarbeit mit der IB Wohlen AG geprüft. Es zeigt sich, dass für eine tragbare Lösung mind. 5'000 t Grüngut benötigt werden. In unmittelbarer Nähe haben wir zwei Anlagen. Die eine ist die Ökopower in Ottenbach und die andere ist die Kompost in Lenzburg. Diese sind nun in Betrieb genommen worden. Im Submissionsverfahren haben wir das Grüngut ausgeschrieben. Die Ökopower hat die wirtschaftlich günstigste Lösung angeboten. Wir sind zugleich jetzt noch immer im Abwasserverband Wohlen-Villmergen-Waltenschwil. Die ARA prüft zur Zeit mittels einer Machbarkeitsstudie, ob es sinnvoll wäre, in unserer Region eine solche Anlage zu besitzen. Das Ergebnis werden wir hier vorlegen. Unserer Ansicht nach, sind wir somit unserer Aufgabe gerecht geworden und können das Postulat abschreiben.

Abstimmung betr. Abschreibung Postulat 10041

Die Abschreibung des Postulates 10041 wird einstimmig abgelehnt.

Abstimmung Genehmigung Geschäftsbericht

Der Geschäftsbericht der Einwohnergemeinde Wohlen 2005 wird mit 30 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen genehmigt.

Jahresrechnung

Bucher Louis, Präsident der Finanzkommission: Ich gehe davon aus, dass alle Wohnerräte sich mit der Rechnung 2005 und dem Erläuterungsbericht auseinandergesetzt und den Bestätigungsbericht zur Kenntnis genommen haben. Darum verzichte ich auf das Verlesen der Berichte. Auf einige wichtige Punkte möchte ich aber trotzdem eintreten.

Generelles

Die Rechnung 2005 ist sauber geführt, die Belege vollständig und übersichtlich abgelegt und die Prüfung durch die Finanzkommission hat zu keinen Beanstandungen Anlass gegeben. Eine Richtigstellung im Erläuterungsbericht: Auf Seite 15 hat es eine irreführende Formulierung im Zusammenhang mit dem tieferen Steuerertrag. Dort steht, die Steuerverwaltung habe keine stichhaltigen Erklärungen. Diese Aussage ist unpräzise. Sie verfügt sehr wohl über detaillierte Statistiken, und weiss wo die verschiedenen Steuererträge gegenüber den Vorjahren abweichen. Aber sie kennt nicht die Hintergründe der tieferen Erträge, und sie kann keine verlässlichen Aussagen machen, ob diese Rückgänge nur ein einmaliger Ausrutscher gewesen waren oder ob diese als Basis geltend, von welcher wir die Steuererträge berechnen sollen.

Rechnung

Die Finanzkommission hat den Auftrag, die Rechnung zu prüfen und die finanzielle Lage der Gemeinde zu beurteilen. Für die revisionstechnische Prüfung der Rechnung ist die BDO-Visura beauftragt worden. Sie hat die Finanzkommission über die durchgeführten Aktivitäten und die Ergebnisse in einen ausführlichen Bericht orientiert. Sie hat keine nennenswerten Beanstandungen festgestellt. Die Finanzkommission hat sich schwerpunktmässig mit der finanziellen Lage der Gemeinde auseinandergesetzt.

Finanzielle Lage der Gemeinde Punkt um Punkt Steuerertrag und Steuerkraft

Die finanzielle Lage der Gemeinde Wohlen präsentiert sich in der Rechnung 2005 so schlecht wie dies im Budget 2005 bereits angekündigt worden ist. Der Voranschlag 2005 ist in der stillen oder auch ausgesprochenen Meinung vom Wohnerrat genehmigt worden, dass das Resultat wie in früheren Jahren sowieso wieder besser aussehen wird und dass wieder mehr Steuern zu erwarten seien. Im Jahr 2005 ist aber eine Trendwende eingetreten. Statt höherer Steuererträge sind diese gegenüber dem Vorjahr um 1.5 Mio. Franken zurückgegangen, was bei den Einkommens- und Vermögenssteuern zu einem Rückgang von 5.8 Steuerprozenten geführt hat.

Allgemein ist eine Steigerung der Steuerkraft pro Einwohner auf über 2'000 Franken erwartet worden. Die Gemeinde liegt aber mit 1'855 Franken unter dem Stand von 2003 und deutlich unter dem kantonalen Gemeindedurchschnitt.

Ausserordentliche Erträge

Dass am Schluss der Rechnung überhaupt noch eine Selbstfinanzierung oder ein Cashflow von 385'000 Franken ausgewiesen werden kann, ist insbesondere auf nicht budgetierte, ausserordentliche Einnahmen zurückzuführen. Nämlich auf eine Nachzahlung des Kantons aus dem Jahre 2003 für Sozialhilfe von 449'000 Franken und eine zusätzliche, freiwillige Ablieferung von Gebühren der IBW Wohlen AG von 348'000 Franken. Ohne diese beiden Zuschüsse wäre das Rechnungsergebnis mit rund 410'000 Franken negativ ausgefallen.

Investitionen und Selbstfinanzierung

Die tiefen Investitionen von 2.8 Mio. Franken haben einen Selbstfinanzierungsgrad von gerade noch 13.7 %, ein Wert der meilenweit ausserhalb eines gesunden Finanzhaushaltes liegt.

Nettovermögen

Das Nettovermögen aus dem Jahre 2002 in der Höhe von 5.3 Mio. Franken hat sich in den letzten drei Jahren um 7.6 Mio. Franken in eine Nettoschuld verwandelt. Diese Verschuldung mit 166 Franken pro Einwohner ist noch minimal, aber die Tendenz ist steigend.

Rezepte

Die Finanzkommission ist wiederholt von Einwohner- und Gemeinderäten gefragt worden, welches Rezept oder welche Rezepte sie für die Verbesserung der finanziellen Lage haben. Gefragt wurde in der Regel nur nach dem einen, einfachsten Rezept der Einnahmenerhöhung und deren Erhöhung in Steuerprozenten. Die Finanzkommission kann keine Patent-Rezepte anbieten. Die Rezepte müssen in erster Linie von der zuständigen Instanz, sprich vom Gemeinderat kommen. Er kennt die Details der Rechnung und ist verantwortlich für den Finanzhaushalt und für die Ausarbeitung des Budgets.

Selbstverständlich hat die Finanzkommission sich intensiv über mögliche Verbesserungen ausinandergesetzt. Einige Ansätze sind im Erläuterungsbericht auch aufgezeigt: Die Gemeinde soll sich von Aufgaben und Ausgaben trennen, für die sie nicht aufzukommen hat. Mit diesen Massnahmen allein kann der angestrebte finanzielle Spielraum jedoch noch nicht zurück gewonnen werden. Vorschläge finden Sie in unserem Bericht:

- Streichung von Gemeindesubventionen an die Abwasserbeseitigung. Einsparung von rund 200'000 Franken,
- Umwandlung des Chinderhuus in eine selbständige Organisation. Damit muss sich der Kanton mit 20 % am Krippendefizit beteiligen. Es ist kein riesiger Betrag aber ein gutes Zeichen für die Bevölkerung und ein brandaktuelles Thema im Hinblick auf die Vorlage zur Gebührenerhöhung im Chinderhuus.
- Nach wie belastet die Grünabfuhr in Wohlen die Rechnung mit 720'000 Franken, was 3 Steuerprozenten entspricht. Wenn man Wohlen mit den umliegenden Gemeinden vergleicht, müsste man mit 102 % und nicht mit 105 % vergleichen.
- Zuletzt eine ausführlich diskutierte Empfehlung der Finanzkommission zum Budget 2007: Im Budget 2007 sollen weitere Ausgabenkürzungen vorgenommen werden. Dabei sollen auch die Personalkosten unter die Lupe genommen werden

Ausblick

Bei dieser Finanzlage, wo der Steuerertrag gerade noch reicht oder auch nicht ganz, um die laufenden Ausgaben zu decken, sind Investitionen nur noch auf einem äusserst tiefen Niveau möglich. Zudem kommen in den nächsten Jahren Ausgaben auf die Gemeinde zu, über die sie nicht allein bestimmen kann:

- Aargauische Pensionskasse wird mit 10 Mio. Franken im Jahr 2008 unsere Rechnung belasten;
- Sanierung des Bifang ebenfalls mit etwa 10 Mio. Franken. Neu muss jetzt die Gemeinde für diese Sanierung aufkommen und nicht mehr der Kanton;
- Mitfinanzierung von Engpasssanierungen an Kantonsstrassen. Dort wird der Kanton das Tempo vorgeben.

Darum ist es dringend notwendig, dass die Selbstfinanzierung, sprich Cashflow markant verbessert werden muss.

Die Finanzkommission erwartet, dass der Gemeinderat zur Beseitigung der prekären finanziellen Lage bereits im Voranschlag 2007 nachhaltige Massnahmen einleitet.

Dank

Als Leiter der Finanzkommission danke ich allen Mitgliedern der Finanzkommission für den grossen Einsatz, für das engagierte Mitdenken, für das Einbringen unterschiedlicher Meinungen und Ansichten und die Beurteilung der Ergebnisse aus der individuellen Sicht jedes Einzelnen.

Die Finanzkommission dankt dem Gemeinderat, der Verwaltung insbesondere Chefbeamten, den Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter und deren Mitarbeitenden für Ihre zuvorkommende und kompetente Auskunfts- und Hilfsbereitschaft.

Antrag an den Einwohnerrat

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und –Kollegen

Die Finanzkommission stellt Ihnen einstimmig den Antrag

- die Laufende Rechnung 2005
- die Investitionsrechnung
- die Bestandesrechnung und
- der Anhang mit den Eventualverpflichtungen

zu genehmigen.

Ich danke für eure Aufmerksamkeit.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich schliesse mich den Überlegungen der Finanzkommission weitgehend an. Ich gehe auf den Punkt der Ausgabenkürzung für das Jahr 2007 und die Erwartung von nachhaltigen Massnahmen ein. Dies tönt gut, aber die Schwierigkeit ist dann, wie machen wir das? Ich möchte festhalten, dass wir immer versuchen Einsparungen zu machen. Aber im Zusammenhang mit dem Voranschlag 2006, wurde uns letztes Jahr ausdrücklich attestiert, dass wir sparsam sein müssen. Ich komme jetzt zur Wertung aus unserer Optik.

Zusammenfassend: Wohlen ist mit einem blauen Auge davon gekommen. - Im Vergleich zum Voranschlag 2005 ist die Jahresrechnung gesamthaft betrachtet praktisch eine Ziellandung. Positives und Negatives hielten sich praktisch die Waage. Wie aus Seite 83 ersichtlich ist, wurden Abschreibungen oder eine Eigenfinanzierung von Fr. 385'000 erwirtschaftet. Budgetiert waren Fr. 207'000 Abschreibungen.

Die Eigenfinanzierung von Wohlen ist schwach (siehe Kennzahlen auf Seiten 91 und 92). Selbst unsere kleinste Nachbargemeinde Büttikon hat mit Fr. 432'000 eine bessere Eigenfinanzierung als Wohlen im letzten Jahr.

(Auflage Folie Selbstfinanzierung Wohlen 2001 – 2005)

Diese Folie ist nichts anderes als eine graphische Darstellung der Selbstfinanzierung, wie man sie auf S. 86 unten sieht. Sie sehen die Entwicklung: im Jahr 2001 Abschreibungen Fr. 4.2 Mio., im 2002 Fr. 2.4 Mio., im 2003 rund Fr. 2.9 Mio., im 2004 Fr. 2.63 Mio. und im Jahr 2005 die Fr. 385'000.--. Man sieht hier klar die Entwicklung. Die Eigenfinanzierung ist für die Grösse der Gemeinde sehr bescheiden.

(Auflage Folie Selbstfinanzierung Rechnung 2005)

Ich glaube das Bild spricht für sich selber. Wohlen ist die viertgrösste Gemeinde im Kanton Aargau. Beginnen wir links aussen:

Selbstfinanzierung im letzten Jahr

Aarau	rund	Fr. 17.9 Mio.	Abschreibungen
Baden	exakt	Fr. 20.0 Mio.	Abschreibungen
Wettingen		Fr. 5.9 Mio.	Abschreibungen
Wohlen		Fr. 385'000.-	Abschreibungen

Wohlen muss sich finanziell mit sehr wenig zufrieden geben. Dies ist die harte Realität.

Damit wird das bestätigt, was der Gemeinderat in den vergangenen Jahren wiederholt festgehalten hat. Ein Mitglied des Einwohnerrates verlangt vorhin den Blick in die Zukunft. Dies haben wir bereits im Jahr 2003 gemacht. All das, was wir im Jahr 2003 mit der beantragten Steuerfusserhöhung und der Einführung der Gebühr für Grüngut sagten, hat sich bestätigt.

Der Vergleich des budgetierten Nettoaufwandes mit der Rechnung zeigt, dass eine hohe Budgetdisziplin herrscht. Das Personal handelt kostenbewusst und sparsam.

Die Prognosen der Gemeindesteuern wiesen im Prozentvergleich in den letzten Jahren immer einen hohen Präzisionsgrad auf. Seit 1999 haben wir erstmals wieder die Situation, wo der Steuerertrag mit - 3.8 % geringer ist als budgetiert. Der Mindersteuerertrag ist negativ. Positiv ist, dass dieser Mindererträge durch einen geringeren Nettoaufwand von - 4.4 % aufgefangen werden konnte. Dies führte zu den leicht höheren Abschreibungen.

Aktuelle Lage / Blick in die Zukunft

Die Aufgabenteilung verändert im 2006 erstmals gewichtige Positionen (Bsp. Belastung wegen Beteiligung der Gemeinden an den Lehrerlöhnen, andererseits gibt es Entlastungen bei den Beiträgen an die AHV). Die Aufgabenteilung wird ihre volle Wirkung ab 2008 entfalten.

Zwei grosse kantonale Themen sind aktuell und für die Finanzlage von grösster Bedeutung: Die Teilrevision des Steuergesetzes und die Aargauische Pensionskasse.

Die von Zufallsmehrheiten gefällten Beschlüsse bei der 1. Lesung der Teilrevision des Steuergesetzes sind völlig einseitig auf den Steuerwettbewerb ausgerichtet. Eine durchschnittliche Gemeinde müsste mit Steuereinbussen von rund 10 % rechnen. Der Kanton hat 30 Gemeinden untersucht. Wohlen war auch dabei.

(Auflage Folie Teilrevision StG – Steuerausfälle Gemeinde Wohlen)

Sie sehen auf dieser Folie folgendes. Nach der 1. Lesung des Grossen Rates hätte Wohlen bei den juristischen Personen 43.3 % weniger, bei den natürlichen Personen 7.2 % weniger, insgesamt 9.1 % weniger. Unter Berücksichtigung der regierungsrätlichen Botschaft von letzter Woche für die 2. Lesung betrüge der Ausfall 3.8 %.

Das Resultat der 1. Lesung im Grossen Rat wäre für Wohlen und viele Gemeinden schlicht nicht verkraftbar. Dies schreibt auch der Regierungsrat in seiner neusten Botschaft ganz klar. Bei vielen Gemeinden wären massive Steuerfusserhöhungen unumgänglich.

Letzte Woche wurde die Rangliste der Kantone im 2005 in Sachen Steuerbelastung bekannt gegeben. Gesamthaft steht der Kanton Aargau auf dem 6. Rang. Handlungsbedarf besteht einzig bei den juristischen Personen. Der Regierungsrat machte einen sinnvollen Vorschlag. Leider

wurde dieser aber vom Grossen Rat massiv überboten, so dass es zu nicht verkräftbaren Steuer-
ausfällen käme.

Profitieren würden vor allem diejenige Wirtschaftszweige, welchen es heute schon sehr gut
geht, nämlich die Bank und die Unternehmen aus der Energiewirtschaft.

Im August 2006 findet die 2. Lesung der Teilrevision des Steuergesetzes statt.

Schon heute zeichnet sich ab, dass es ein Behördenreferendum geben wird und damit das Aar-
gauer Volk das letzte Wort haben wird.

Kürzlich machte der Tages-Anzeiger ein Regionenrating über den Bezirk Bremgarten. In Sachen
Öffentlichem Verkehr, Schulen und Einkaufsmöglichkeiten erhielt Wohlen die Höchstnoten. Es
zeigte sich auch, dass dort, wo der Steuerfuss tiefer ist, die Wohnkosten entsprechend höher sind
(Bsp. Oberwil-Lieli, Mutschellen-Gemeinden).

(Auflage Folie Bevorstehende Ausgaben)

Das zweite Problem ist die Beseitigung der Unterdeckung bei der Aargauischen Pensionskasse,
welche rund die Hälfte aller Aargauer Gemeinden betrifft. Wohlen hat eine Eventualverpflich-
tung von 9.3 Mio. Dazu müssen noch rund Fr. 3.3 Mio. für die Wahrung der Besitzstandgarantie
gerechnet werden. Zudem steht noch die Sanierung des Alters- und Pflegeheimes Bifang vor der
Tür, an welcher sich die Gemeinde beteiligen muss.

Wir stehen vor sehr grossen Herausforderungen. Es bleibt zu hoffen, dass uns die positive Wirt-
schaftsentwicklung entgegenkommt.

Perroud Arsène, SP: Die Einwohnerratsfraktion der SP Wohlen und Eusi Lüt & Grüne hat am 8.
Februar 2004 ein dringliche Motion eingereicht, zur Ausrichtung der Finanzpolitik auf 110%, weil
es mit 105% und den kommenden Aufgaben einfach nicht geht. Der Finanzpolitiker Bruno Bert-
schi hat damals gesagt, dass dieses Anliegen schräg in der Landschaft stände. Heute, nur zwei
Jahre später, müssen wir feststellen, dass dies vielleicht doch nicht so schräg war. Die Gemeinde
Wohlen hat keinen finanziellen Spielraum mehr. Der einzig gute Wert bleibt nur noch die eher
tiefe Verschuldung der Gemeinde Wohlen. Aber diese wird ja auch ansteigen. Eine solche Fi-
nanzpolitik ist unseriös und unverantwortlich! Wenn man dann noch behauptet, man könne den
Steuerfuss noch weiter senken, sind das populistische Aussagen, ohne Rechtfertigung und
Grundlage.

Martina Stäger – Mitglied des Einwohnerrats - hat an einer Wahlveranstaltung im November ge-
sagt, dass nur soviel Geld ausgegeben werden kann, wie man auch hat. Damit hat sie vollkom-
men recht. Die Rechnung zeigt, dass die Gemeinde Wohlen, bei gleichbleibenden Einnahmen
bald kein Geld mehr hat und Leistungen aus dem Wahlbedarf streichen muss. Streichen wir zum
Beispiel den Kindergarten für 5-Jährige, oder machen wir die Gemeindebibliothek zu oder
schliessen wir das Schwimmbad. Das wären dann alles Institutionen, die einer Gemeinde die all-
seits gewünschte Attraktivitätssteigerung bringen sollen, ohne die kein Aufschwung möglich ist.
Mit einer Pflasterlipolitik, die kleinste Beträge zusammenstreicht, kommen wird nicht mehr wei-
ter. Unsere Fraktion hat keine Lust, dass es soweit kommt, wie in Windisch. Wir wollen keine
handlungsunfähige Gemeinde! Wir wollen Eigenverantwortung wahrnehmen.

Gleichzeitig diskutiert der Grosse Rat die Steuergesetzreform. Es drohen Steuerausfälle für die
Gemeinden in Millionen-Höhe. Wenn sogar die reiche Stadt Baden zittert, was müssten wir hier
in Wohlen dann tun? Wir sind uns noch nicht bewusst, welche Ausfälle da auf uns zukommen.
Wer übernimmt die Verantwortung für die Folgen? Verlieren wird der Mittelstand und die ganz
Schwachen. Gewinnen tun die anderen. Knapp 80 % der Wohler Bevölkerung hat ein steuerba-
res Einkommen von unter Fr. 70'000. Wir gehören also zum Mittelstand und werden somit verlie-
ren.

Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, wir müssen uns bewusst werden, welcher finanzieller Situation wir in naher Zukunft ausgesetzt sein werden und wie wir diese lösen. Und wir müssen auch wissen, wer die Verantwortung dafür trägt. Wir müssen das Bewusstsein über die Auswirkungen der Steuergesetzreform in die Bevölkerung tragen und dies diskutieren. Das ist unsere Aufgabe.

Die Fraktion SP und Eusi Lüt & Grüne wird dem Antrag der FIKO zustimmen. Die Rechnung ist gemäss Finanzkommission sauber geführt. Der Gemeinderat, die Finanzverwaltung und das Steueramt tun ihr Bestes für das Wohlergehen der Gemeinde. Dass wir langsam aber sicher dem finanziellen Kollaps entgegensegneln, ist unser eigenes Verschulden. Wir meinen, dass wir unser Visier endlich richtig einstellen müssten – nämlich nach oben.

Stäger Martina, SVP: Die Steuereinnahmen liegen um rund 1 Mio. unter dem Budget und Vorjahr, was einem Rückgang von ca. 4 % entspricht. Der Gemeinderat hat keine plausible Erklärung dafür. Vermutlich hat dies halt trotzdem etwas mit unserem hohen Steuerfuss zu tun. Der Wettbewerb spielt, das wissen wir alle. Nur in Wohlen sind die Einnahmen so stark zurückgegangen. Im ganzen Bezirk Bremgarten haben alle Gemeinden (bis auf 2 Ausnahmen) in den letzten sechs Jahren den Steuerfuss gesenkt – Wohlen nicht, dies trotz immer steigenden Einnahmen in den vergangenen Jahren. Der Einbruch beim Steueraufkommen im letzten Jahr zeigt, dass unsere Gemeinde bei den Steuern nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Die SVP hat in den vergangenen vier Jahren genau vor diesem Effekt gewarnt. Unsere Annahmen haben sich leider bestätigt. – Wir laufen Gefahr, dass wir die letzten guten Steuerzahler auch noch verlieren und nur noch für Sozialfälle attraktiv sind. Wohlen steht – zumindest finanziell – auf einer schiefen Ebene. Helfen kann hier nur eine spürbare Steuersenkung. Welche Unternehmung würde denn die Preise erhöhen, wenn der Umsatz sinkt? Ein solcher Geschäftsmann müsste schnell den Konkurs anmelden. – Hoffentlich bringt der Gemeinderat endlich den nötigen Mut dafür auf und plant das neue Budget mit einem Steuerfuss von unter 100 %.

Die SVP Wohlen-Anglikon und Dorfteil Anglikon stören sich ebenfalls an den verschiedenen Globalbudgets, wo z. B. Ende des Jahres einfach noch viel Mobiliar eingekauft wird, um das Budget auszunutzen. Simon Sax und ich haben den Bereich Bildung geprüft und bei fast allen Konten Mobiliaranschaffung massive Budgetüberschreitungen festgestellt. Z. B. bei der Volksschule allgemein wurde das Budget von Fr. 28'000.00 um Fr. 48'873.10 überschritten, wobei allein im Dezember für Fr. 44'168.65 Mobiliar angeschafft wurde. Das Gleiche auch bei den Kindergärten und beim Junkholzschulhaus. Dies nur ein paar Beispiele. Darauf werden wir aber bei der Budgetberatung bestimmt wieder zurückkommen.

Die Steuererträge stiegen von 2002-2005 um insgesamt 6.4 %, die Ausgaben jedoch um mehr als das Doppelte, um 14.7 %! Die Personalausgaben stiegen um ganze 12.7 % und die Sachausgaben um 17.5 %. Auch in diesem Bereich muss sich unserer Meinung nach vieles ändern. Der Gemeinderat wird aufgefordert, dieser Fehlentwicklung endlich Einhalt zu gebieten. Im nächsten Budget hat er bereits Gelegenheit, Konsequenzen aus dem Einbruch der Steuereingänge zu ziehen. Wir fordern den Gemeinderat auf, dies endlich auf der Ausgabenseite tun! Eine Steuererhöhung wäre das falsche Rezept. Das Wohler Stimmvolk und die SVP wissen dies.

Die Fraktionsgemeinschaft SVP Wohlen-Anglikon und Dorfteil Anglikon schliesst sich im Übrigen den Empfehlungen der Finanzkommission an.

Baur Angelika, Freis Wohle: Freis Wohle und die EVP haben sich an der gemeinsamen Fraktions-sitzung etwas länger mit der Rechnung 2005 auseinandergesetzt. Wir haben durch Simon Sax, FIKO, wertvolle Informationen erhalten.

Die Rechnung 2005 ist Vergangenheitsbewältigung. Die Zahlen sind ausgewiesen und verbucht – somit macht es auch keinen Sinn, gross über diese noch zu diskutieren. Was jedoch viel mehr zu denken gibt, sind die Prognosen für die Zukunft!

Die FIKO weißt in ihrem Schlussbericht ganz klar auf diese Situation hin. Gemeinde- und Einwohnerrat sind gefordert und müssen sich und unseren Bürgern Perspektiven bieten und aufzeigen, wie es in unserer Zentrumsgemeinde weitergehen soll!

Wenn in der Privatwirtschaft solche Zahlen ausgewiesen würden, müsste sich die Firma oder wir Private ernsthaft Gedanken machen wie es weitergehen soll und entsprechende Massnahmen müssen getroffen werden!

Was gedenkt unsere Gemeinde zu tun? Wie sind die Aussichten? Wie sehen die Sanierungsmassnahmen aus? Wie stellen sich in den nächsten 3 bis 5 Jahren die laufenden Einnahmen und wie die laufenden Ausgaben zusammen?

In unserer Gemeinde stehen noch einige Ausgaben an, welche in dieser Rechnung noch mit keinem Franken berücksichtigt sind wie z.Bsp. Einzahlung an die APK, Bifang, Kreisbau etc.. Zudem ist die Prognose der Steuereinnahmen schwierig – es muss wohl mit stagnierenden Steuereinnahmen auf dem Niveau 2005 gerechnet werden.

Es muss jedem hier im Saal klar sein, dass kein bis wenig Geld vorhanden ist!! Sämtliche zukünftigen zusätzlichen Ausgaben müssen fremdfinanziert werden. Unsere aktuell noch befriedigende Schulden Situation wird sich massiv verschlechtern!

Der Gemeinderat wird gebeten, sich ernsthaft mit dieser Situation auseinander zu setzen und strategische Überlegungen anzustreben. Das Budget 2007 muss entsprechend ausgearbeitet werden.

Wir erwarten, dass ein Budgetplan erstellt wird, aus welchem ersichtlich ist, wie sich die Ein- und Ausgaben der Laufenden Rechnung in den nächsten 5 Jahren entwickeln. Wir sind dies unseren Bürgern schuldig. Ein solcher Budgetplan gibt nicht zuletzt auch dem Gemeinde- und Einwohnerrat eine Entscheidungsgrundlage!

Es geht jetzt nicht darum, dem Gemeinderat nur eine "Moralpredigt" zu halten. Eines ist auch klar, dass in den letzten Jahren in unserer Gemeinde sehr viel investiert wurde. Die Resultate dürfen sich sehen lassen – doch unsere Reserven sind aufgebraucht!

Wir bitten den Gemeinderat, unser Anliegen ernst zu nehmen. Wir bedanken uns an dieser Stelle bei allen Verwaltungsabteilungen für die gute Arbeit und die gelebte Budgetdisziplin. Ebenfalls geht ein Dank an den Gemeinderat sowie an die Finanzkommission.

Freis Wohle und EVP werden der Jahresrechnung der Gemeinde Wohlen einstimmig zustimmen.

Duschen Andrea, FDP: Die Rechnung 2005 schliesst schlecht ab und wird sich in den nächsten Jahren nicht verbessern, sondern eher noch schlechter abschliessen.

Es kommen Ausgaben und Investitionen in Millionenhöhe auf uns zu wie:

- APK-Beiträge
- Sanierung Bifang
- Sanierung Badi
- Sanierung Kunsteisbahn

Und wahrscheinlich ist die Liste nicht vollständig.

Auch die rege Bautätigkeit der letzten Jahre belastet nun unsere Rechnung.

Ein Kleinunternehmer mit solchen Zahlen wäre bei einer Bank nicht mehr kreditwürdig.

Eine Steuererhöhung ist im Moment kein Thema. So ist ein rigoroses Sparen des Gemeinderates und der Gemeindeverwaltung unabdingbar.

Unter verschiedenen Kennzahlen ist uns aufgefallen, dass Wohlen mit durchschnittlichen Steuereinnahmen von Fr. 1'855 (21,3 % unter dem Mittel des Kantons liegen).

Wohlen hat einen Selbstfinanzierungsgrad von Fr. 385'000. Sinnvoll wäre für uns ein Betrag von Fr. 2 bis 3 Mio. Würde man die Leistungen dämmen (Schliessung von Badi, Bibliothek, Kunsteisbahn), würde man Fr. 700'000 bis Fr. 800'000 sparen. Dies ergäbe immer noch nicht den gewünschten Selbstfinanzierungsgrad. Eine Erhöhung des Steuerfusses um 5 % ergäbe auch noch nicht das gewünschte Resultat.

Das Budget 2007 im Herbst müssen wir besonders gut im Auge behalten um eine Steuererhöhung umgehen zu können. Ansonsten wird der Kanton uns sagen wie es weiter zu gehen hat.

Bertschi Bruno, SVP: Wir haben von Martina Stäger gehört, dass bei budgetierten Mobiliarschaffungen das 3fache ausgegeben wurde als bewilligt. Erstaunlicherweise noch im Dezember. Bei Globalbudgets wird doch geschaut, wie viel noch nicht ausgeschöpft wurde und dann entsprechende Ausgaben getätigt. Praktisch jede Schweizer Gemeinde ist Kunde meiner Firma. Im November und Dezember kommen viele Aufträge der Gemeinden, zB für Hinweisschilder, Stahlbänder. Die Ware muss aber erst im Januar eintreffen, die Rechnung jedoch noch im alten Jahr. Dieses System ist falsch.

Kann jeder Schulleiter Mobiliar bestellen? Oder muss man eine Bewilligung des Gemeinderates einholen?

Huwiler Paul, Gemeinderat: Bei einem Globalbudget interessiert nur, ob das Budget aufgegangen ist oder nicht. Auf Seite 95 sehen Sie, dass das Budget aufgegangen ist. Rechnung und Budget weisen Fr. 1.53 Mio. aus. Dies ist der Sinn eines Globalbudgets. Ansonsten müssen wir dies wieder abschaffen. Dann müssen Sie jedoch wieder über jeden Bleistift abstimmen. Die Frage, weshalb der Einkauf Ende Jahr stattgefunden hat, möchte ich an die Schulpflege weitergeben.

Corsiglia Franco, Präsident der Schulpflege: Auf der einen Seite haben wir einen Kindergarten bekommen, welcher neues Mobiliar benötigt. Im weiteren braucht es immer wieder neues Mobiliar. Ich erinnere daran, dass im Schulhaus Junkholz mit Mobiliar gearbeitet wird, welches ca. 35 Jahre alt ist. Die Schule ist bemüht, das alte Mobiliar zu erneuern, zB. Abschleifen der Platte, bevor neues angeschafft wird. Irgendwann braucht es aber neues Mobiliar.

Auf der anderen Seite versucht die Schule immer, das Globalbudget einzuhalten. Es wird darauf geachtet, dass das für die Schule zur Verfügung gestellte Geld auch für die Schule sinnvoll ge-

braucht wird. Wenn man die Schule dazu bewegen möchte, noch transparenter zu werden, müsste das Globalbudget abgeschafft werden und gibt der Schule einen Leistungsauftrag.

Man könnte meinen, dass die beschriebene Situation, dass Ende Jahr das Globalbudget ausgereizt wird, in der Natur der Sache liege. Sicher wird dies an einigen Orten so gemacht. Wenn man wüsste, dass man dieses Geld für andere Projekte sparen könnte, würde damit sicher auch anders umgegangen. Ich kann Ihnen aber versichern, dass der Schule Wohlen zur Verfügung stehende Globalbudget wird stetig geprüft. Wir sind dafür besorgt, dass es eingehalten wird.

Schmid Tomi, Freis Wohle: Früher konnten wir einkaufen gehen. Seit wir das Globalbudget haben, ist dies nicht mehr so. Wie läuft das ab? Zu Beginn des Jahres listet man wünschbare Sachen auf. Am Ende des Jahres sieht man, dass man etwas Dringendes nicht gebraucht hat. Dann nimmt man die Liste mit dem Wünschbaren. Hätte man dies schon im Februar gekauft und gegen Ende des Jahres wäre etwas anderes nötig gewesen, hätte man das Globalbudget überschritten.

Bucher Louis, CVP: Ich möchte auf einige Bemerkungen eintreten:

Zum Steuerertrag im Falle der Steuergesetzrevision: Mit 1:5 bei einer Abwesenheit war die Finanzkommission der Ansicht, dass ein allfälliger Steuerausfall wegen der Steuergesetzrevision auf jeden Fall kompensiert werden muss, d.h. den Steuerfuss anpassen.

Zur APK: Wir sind erstaunt, dass aus den ursprünglich Fr. 9.9 Mio. neu Fr. 13 Mio. wurden. Man hätte uns dies schon zu Beginn des Jahres sagen müssen, dass wir eine Eventualverpflichtung eingehen müssen.

Zum Konkurs: Eine Gemeinde kann nicht Konkurs gehen. Sie muss eventuelle höhere Zinsen zahlen, wenn sie Kredite aufnimmt.

Zum Selbstfinanzierungsgrad von Fr. 2 – 3 Mio.: Wir haben Fr. 385'000 Überschuss. D.h. dass wir rund Fr. 2 Mio. mehr haben müssten. 1 Steuerprozent ist Fr. 250'000. Wenn dies nur mit den Steuern finanziert werden müsste, würde das eine Steuerfusserhöhung von 10 % bedeuten.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Die erwähnte Zahl der Eventualverpflichtung ist korrekt.

Die Hochrechnung aufgrund der Botschaft der Regierung hat mit der Besitzstandswahrung zu tun. Meines Wissens war die Zahl damals noch nicht bekannt.

Kaufmann Gregor, Finanzverwalter: Was wir in der Rechnung ausgewiesen haben, ist die eigentliche Eventualverpflichtung im Zusammenhang der Botschaft des Regierungsrates. Jede Gemeinde im Kanton muss die Unterdeckung finanzieren. Der Rest ist Besitzstandsregelung, welches die Gemeinde. Die gesamte Summe beträgt ca. Fr. 13 Mio.

Stäger Urs, SVP: Wenn unser Gemeindeammann die Zürcher Presse liest, weiss er sicher auch, dass er pro Kopf der teuerste Gemeindeammann im Kanton Aargau ist. Es war übrigens ziemlich ernüchternd an der gemeinsamen Sitzung der Finanzkommission-Gemeinderat. Alle vorgebrachten Vorschläge wurden sofort abgelehnt. Von seiten Gemeinderat ist man nicht bereit, irgendwo nachzufragen, ob Einsparungen möglich sind. Keine einzige Firma hat PC-Kosten von über Fr. 5'000/Jahr. Bei Kunsteisbahn und Schwimmbad sind keine Informatikkosten ausgewiesen. Die haben aber einen PC. Die Unterhaltskosten betragen Fr. 161.40 inkl. MWST.

Unteregger Thomas, SVP: Mich erstaunt es etwas, dass wir immer über kleine Beträge diskutieren. Ich finde, dass wir uns bei unseren zukünftigen Projekten im Bauwesen auch Gedanken machen müssen. Dies ist ein grosser Teil unserer Ausgaben. Ich bin stolz auf unser architektonisches

Juwel Bünzmann III. Jedoch bin ich der Ansicht, dass wir das Schulhaus für einige Mio. weniger bekommen könnten. In Zukunft sollten wir unseren Level den Ausgaben anpassen. Auch bei der Bewirtschaftung der Immobilien, zB. Gemeindehaus, müssen wir ansetzen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Die Finanzkommission wurde nett empfangen, die Diskussion geführt wie immer. Ein Beispiel der Diskussion: Urs Stäger fragte, weshalb der Circus Monti keine Platzgebühr zahle. Seit vielen Jahren ist dies so. Dies ist Standortmarketing. Strom etc. wird bezahlt. Der Circus Monti trägt den Namen Wohlen durch die Schweiz. Man kann diese oder eine andere Meinung haben.

Betreffend EDV fordere ich Urs Stäger auf, sich im Rahmen der Beratung des Budgets 2007 durch René Bossert, EDV-Verantwortlicher, zu informieren. Ich finde es nicht richtig, dass man hier so auffährt.

Ich habe den Eindruck, dass hier ein Zermürbungskampf geführt wird gegen Schulpflege, Schulleiter etc. Dabei schauen alle diese Personen, dass der Betrieb funktioniert. Gerade im Schulbereich war es der SVP zu wenig wichtig, einen Nachfolger für Luzia Bigler zu stellen. Vor dem zweiten Wahlgang wurde noch schnell jemand gefunden. Ich bitte die Mitglieder der SVP, nehmt auch dort teil, wo solche Arbeiten geleistet werden müssen. Ich finde es nicht richtig, dass man anderen schlechten Willen unterstellt.

Galatti Jean-Pierre, SVP: Unsere Kandidatin im ersten Wahlgang hiess Daniela Maurer-Huber. Sie wurde über dem absoluten Mehr gewählt und als Überzählige ausgeschieden. Es gab keinen zweiten Wahlgang. Es stimmt nicht, was der Gemeindeammann gesagt hat. Ich möchte den Gemeinderat bitten, heute Abend etwas kooperativer zu arbeiten.

Bucher Louis, CVP-CSP: Die Sitzung mit dem Gemeinderat ist sehr gut verlaufen. Dies empfand auch die Mehrheit der Finanzkommission so. Zu einigen Fragen hatten wir harte Auseinandersetzungen. Dies ist auch recht so.

Becker Doris, Gemeinderätin: Zu Thomas Unteregger: Ich gebe dir recht. Manchmal muss man den Mut zu einfachen Lösungen haben.

Detailberatung

Seite 107 / 112.300.03 / Gemeinderat Austrittsgeschenke

Galatti Jean-Pierre, SVP: Wir haben grundsätzlich nichts gegen Austrittsgeschenke. Wir empfinden es als störend, dass es an ein Mitglied eine Barauszahlung gab. Abtretende Personen sollen geehrt werden. Wir stellen uns aber die Frage, ob eine Barauszahlung das Richtige ist. Wir stellen uns die Frage umso intensiver, wenn wir uns vor Augen führen, dass das austretende Mitglied noch in hochdotierten Verwaltungsräten sitzt, welche die Gemeinde alimentiert. Es muss finanziell nicht darben, wenn das Gemeinderatssalär wegfällt. Ich möchte den Gemeinderat bitten, sich darüber Gedanken zu machen. Es ist ja schliesslich ein Geschenk, das man sich selber macht und nicht durch den Einwohnerrat beschlossen wird.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Es ist so, dass ein Beschluss unserer Vorgänger besteht. 3 Mitglieder sind auf eine Art zum Rücktritt gezwungen worden, wie wir es nicht gewünscht haben. Für die Verbleibenden stellte sich die Frage, wie man damit umgeht. Das Vernünftigste erschien, die Regelung, wie sie früher getätigt wurde, weiter anzuwenden. Es war beides möglich – bar oder Geschenk.

Seite 108 / 020.318.02 / Telefongebühren

Spengler Albert, Dorfteil Anglikon: Ist dies für die gesamte Gemeindeverwaltung?

Kaufmann Gregor, Finanzverwalter: Die reine Verwaltung ist unter diesen Gebühren enthalten. Die Schule wird separat ausgewiesen. Kosten für Regionales Zivilstandsamt und Regionalpolizei werden weiterverrechnet.

Seite 108 / 0.20.318.05 / Neuzuzüger

Bertschi Bruno, SVP: Hat im letzten Jahr ein Neuzuzügeranlass stattgefunden? Dies wäre auch Standortmarketing, die zuziehenden Personen zu begrüßen. Es hat auch gute Steuerzahler dabei. Ich möchte anregen, dass wieder regelmässig ein Neuzuzügeranlass durchgeführt wird. Die Gemeinde Oberwil-Lieli führt jährlich einen Neuzuzügeranlass durch. Der Gemeinderat bekocht dort die Gäste in corpore. Der Gemeindeammann von Oberwil-Lieli hat sich die 20 grössten Steuerzahler herauschreiben lassen und trifft diese mindestens einmal im Jahr. Auch dies ist Standortmarketing.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Das Anliegen betr. Neuzuzügeranlass ist berechtigt. Die andere Idee, welche Sie erwähnt haben, hatte ich auch. Aber es gibt auch einen Grundsatz: Alle Bürgerinnen und Bürger sind vor dem Gesetz gleich. Es stellt sich die Fragen, wer ist einzuladen und wer nicht?

Seite 139 / 343.318.01 / Sportzentrum Niedermatten Gebäudeversicherung und Telefongebühren

Spengler Albert, Dorfteil Anglikon: Was ist Gebäudeversicherung und was ist Telefongebühren?

Kaufmann Gregor, Finanzverwalter: Die Beträge sind zusammengefasst. Wenn ich mich nicht täusche, übersteigt die darin enthaltene Rechnung für die Versicherung ein Kalenderjahr. Die Telefongebühren sind ein kleiner Anteil.

Seite 157 / 840.318 / Marketing Standort Wohlen

Tanner Peter, SVP: Was wurde mit diesen Fr. 15'000 geleistet?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Darunter fallen die HAGEWO und der Wirtschaftsapéro mit Simone Niggli-Luder sowie das Saisonpatronat des FC Wohlen.

Seite 172 / 1000 Kassa und 1001 Postcheck

Neeser Kurt, FDP: Sollte die Bezeichnung nicht Repol anstelle von Gemeindepolizei heissen?

Kaufmann Gregor, Finanzverwalter: Die alte Namensbezeichnung ist hier eingeflossen. Richtigerweise sollte es Regionalpolizei heissen.

Seite 173 / 1012 Steuerguthaben

Tanner Peter, SVP: Ich verweise gleichzeitig auf die Tabelle Seite 84, c) Steuerausstände. Bei den Steuerausständen der Natürlichen Personen sind enthalten: 11.0 % (9.5 %) nicht fällige Steuern, 50.7 % (55.1 %) provisorische Steuern, 5.1 % (8.4 %) Steuern mit Rechtsmittel. Wenn diese Prozentzahlen zusammengezählt werden, kommt man auf 67 %. Wo ist der Rest? Man erklärt ja den Steuerausstand von Fr. 7.1 Mio. Hier werden aber nur 67 % davon erklärt.

Kaufmann Gregor, Finanzverwalter: In der Bestandesrechnung sind die Ausstände sämtlicher Steuerhoheiten (Kanton, Gemeinde, Kirchen) enthalten. Seite 84 betrifft nur die Gemeindesteuern.

Abstimmung

Der Einwohnerrat genehmigt die Jahresrechnung 2005 der Einwohnergemeinde mit 29 Ja-Stimmen zu 7-Neinstimmen.

Bericht und Antrag 11006 betr. Antrag für eine zusätzliche Stelle im Sozialdienst (100 %, Sozialarbeiter/in)

Gfeller Koni, GPK-Sprecher: An der GPK-Sitzung vom 24. Mai 2006 hat die GPK diesen Bericht und Antrag 11006 eingehend behandelt.

Sozialhilfe, das ist Hilfe für diejenigen, welche wirklich materielle Hilfe benötigen. Unsere Sozialhilfe ist das letzte Auffangnetz bevor der totale Absturz ins Nicht stattfindet. Es sind Menschen welche sich nicht selber auf legalem Weg durchs Leben bringen können. Die Gründe dafür sind so vielfältig und sind im jetzigen Moment zweitrangig. Der Staat hat die Aufgabe und Pflicht, Menschen, welche hilfsbedürftig sind, dementsprechend materiell zu unterstützen. Er hat aber auch die Pflicht dazu beizutragen, dass diese Menschen wieder in unsere Gesellschaft integriert werden können, so dass sie in Zukunft für ihren weiteren Lebensunterhalt selbständig aufkommen.

Sofort kommt die Entgegnung „Jaja, und was ist mit den Vielen, welche auf Kosten der Allgemeinheit es sich gemütlich machen?“

Sicher und unbestritten gibt's überall Menschen, welche sich ungerechtfertigt Vorteile erschaffen wollen und diese auch erhalten. Dass dies unter allen Umständen zu verhindern ist, und bei Geschehen auch konsequent zu bestrafen ist, bleibt undiskutabel.

Was bezweckt diese Vorlage mit einer zusätzlichen Stelle im Sozialamt? Eben genau diese Missstände sollen aufgehoben werden. Es ist im Interesse der Gemeinde, dass nur dort Geld verteilt wird, wo es auch angebracht ist. Dies ist die Aufgabe des Sozialamtes. Ebenso hat diese Amtsstelle die Aufgabe abzuklären, inwieweit andere Institutionen wie Versicherungen, IV etc. belangt werden können, bevor das Sozialamt unter die Arme greifen muss.

Die GPK hat sich lange darunter unterhalten, was besser ist. Mangels Personal nur das Nötigste zu tun und einfach die beanspruchten Gelder auszuzahlen oder soll mit dem entsprechenden zeitlichen Aufwand nur das ausbezahlt werden, was unbedingt sein muss.

Hier einige Worte der Massnahmen und Kontrollinstrumente:

Neuaufnahme eines Falls:

- | | |
|---|---|
| • Transparente Information | Information über Pflichten und Rechte |
| • Ermittlung der Bedürftigkeit | Was kann er selber beitragen |
| • Unterstützungsvereinbarung | Aushandeln von klaren überprüfbaren Zielen. |
| • Gegenseitige Kontrolle der Sozialarbeiter/innen | Vier Augen sehen mehr als zwei |

Laufende Fälle

- | | |
|---------------------------------|---|
| • Regelmässige Besprechungen | Somit können Fehlbezüge verhindert werden. |
| • Aktualisierung der Unterlagen | Zur Überprüfung der Bedürfnisse |
| • Prüfung der Zielsetzung | |
| • Testarbeitsplätze | Abklärung Mitwirkungswille und Arbeitsfähigkeit |

- Vertrauensärztliche Abklärungen
- Wechsel der zuständigen Person
- Periodische Dossierkontrolle durch vorgesetzte Stellen
- Hausbesuche
- Meldung Dritter

Hinweis auf mögliche Missbrüche

Das sind Aufgaben, welche durch unser Sozialamt erbracht werden müssen, mit dem Ziel, die materiellen Unterstützungen so klein als möglich zu halten. Was dazu führt, die Ausgaben der Gemeinde zu minimieren.

Was sind das für Leute, welche die Sozialen Dienste in Anspruch nehmen müssen? All diejenigen, die keinen Anspruch auf Versicherungsleistungen haben; wie ausgesteuerte Arbeitslose, die aber arbeitsfähig sind; alleinerziehende Frauen; Working Poor. Bei all diesen sind umfangreiche Abklärungen nötig, um die Rechtmässigkeit zu überprüfen. Diese Arbeitsaufwendungen gehen zu Lasten der Gemeinde und können nicht geltend gemacht werden.

All diese Aufgaben stellen an den/die neue/n Stelleninhaber/in sehr hohe Anforderungen. Es wird eine diplomierte Sozialarbeiter/in sein, welche sich aber auch gegenüber den Klienten durchsetzen kann, da nicht selten sehr harte Diskussionen zum Tagesgeschäft gehören. Die eingesetzten Fr. 100'000 sind am unteren Limit anzusetzen.

Eventuelle Sozialdetektive kommen für die Gemeinde Wohlten nicht in Frage.

Welche Gründe führen dazu, dass die Fallzahlen so dramatisch ansteigen? Man kann keine selektiven Gründe dafür verantwortlich machen, sondern die Gesamtheit vieler Gründe wie;

- Arbeitsmarkt: Es fehlen Anstellungen für schlecht qualifiziertes Personal. Diese Stellen werden fortlaufend abgebaut. Also Stellen für Leute ohne Ausbildung. Leute aus fremden Ländern.
- Kürzung der Leistung der Arbeitslosenkasse
- Viel härtere Gangart der IV
- Unser gesellschaftliche Veränderung: Alleinerziehende Frauen, Mangelnde Alimentezahlungen

sind dafür verantwortlich.

Kann sich das die Gemeinde Wohlten noch leisten, werden doch Fr. 2 Mio. ohne Löhne ausgegeben? Im Stellenplan Stand 31.12.2005 0.7 Stellenprozente offen sind. Gibt es Alternativen?

Zur Frage zwei: heute sind nur noch 0.3 Stellenprozente offen was bedeutet, dass der Stellenplan ausgeschöpft ist.

Zur Frage eins: Diese Entwicklung kann die Gemeinde Wohlten nicht beeinflussen. Auch die Wirtschaft und die Gesellschaft, welche Verantwortlichkeit tragen, sind ausser Reichweite der Beeinflussbarkeit der Gemeinde Wohlten.

Was und wie kann die Gemeinde dazu beitragen, die Kosten so klein als möglich zu halten? Eben durch eine qualifizierte und fachlich kompetente Arbeitsweise ist es möglich, diese Kosten einigermassen im Griff zu halten. Werden pro Jahr zwei Familien mit je zwei schulpflichtigen Kindern wieder in die Gesellschaft integriert, so reduzieren sich die Ausgaben für Sozialhilfe um Fr. 97'560 pro Jahr (der Betrag pro Monat für den Lebensunterhalt Grundbedarf I + II belaufen sich pro Monat auf Fr. 2'315).

Bis zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Berichtes sind im 2006 55 neue Fälle eingegangen. Hochgerechnet ergibt dies 132 bis Ende Jahr. 2 Fälle wären rund 1,5 %.

Rückerstattung geleisteter Sozialhilfe? Es wird in jedem Fall ein Antrag auf Sozialhilfe unterschrieben. Dazu ist integriert ein Merkblatt über die Rechte und Pflichten. Darin ist erwähnt, dass Sozialhilfe rückerstattungspflichtig ist.

Möglichkeiten wie Verwandtenunterstützung in auf- und absteigender Linie, oder Rückerstattung von Betroffenen selbst werden abgeklärt. Diese Abklärungen sind jedoch sehr aufwendig und kaum erfolgsversprechend. Der Rückfluss beträgt jährlich lediglich Fr. 100 - 120'000. Die Signalwirkung ist jedoch nicht zu unterschätzen.

Da die Gemeinde Wohlen bei der Jugend- und Familienberatung Bremgarten (JFB) nicht angeschlossen ist, stellt sich die Frage, wie es in Sachen Beratung in Wohlen aussieht?

In unserer Gemeinde werden rund 40 % der Sozialarbeit für Beratung eingesetzt. (Familien mit Problemkinder, Scheidungen etc.). Im Vergleich bezahlt Bremgarten für diese Dienstleistung, welche am JFB angeschlossen ist, Fr. 81'000 pro Jahr. Dies würde einem 70 %-Pensum entsprechen. Umgerechnet auf Wohlen wäre der Beratungsbedarf somit bei 170 Stellenprozent.

Sehr geehrte Damen und Herren, die GPK empfiehlt Ihnen mit 5 ja, 1 nein den Bericht und Antrag 11006 zuzustimmen. Mit dieser neuen Stelle sind wir auch in der Zukunft in der Lage, die geforderten Unterstützungsbeiträge für die Gemeinde finanziell tragbar, für den Klienten gerecht, fallbezogen zu entrichten. Es ist keineswegs ein Aufblasen des Büroapparates, sondern es ist die momentan einzig effizienteste Lösung, unsere Ausgaben im Sozialbereich einigermaßen zu dämpfen.

Meier Maya, Freis Wohle: Bereits letztes Jahr haben uns die zunehmenden Sozialfälle, insbesondere die Zahl der Jugendarbeitslosigkeit, beschäftigt. Wir müssen wieder zur Kenntnis nehmen, dass die Fallzahlen erneut angestiegen sind. Es braucht für uns ganz klar mehr Anstrengungen, diese Personen wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern. Dafür braucht es im Sozialamt die neue Stelle. Ich war selbst lange in der Sozialkommission. Bereits damals waren die Mitarbeiter stark gefordert. Von 2001 bis 2005 sind die bearbeiteten Fälle um 51 % gestiegen. Es geht nicht mehr ohne zusätzliche Stelle.

Wir sind sogar der Meinung, dass noch weitere Anstrengungen unternommen werden müssen, z. B. in Form von Projekten wie Reap oder dem kantonalen Projekt „Mentoring für Jugendliche“. Wichtig wäre auch, dass die Wirtschaft mehr zusätzliche Stellen, Anlehrstellen oder Praktikumsstellen anbieten würde.

Die erwähnten Massnahmen kosten im Moment sicher etwas. Wir sind aber sicher, dass wir auf die Dauer alle profitieren, wenn auch nur Einzelne wieder in den Arbeitsprozess integriert werden können.

Der psychische Aspekt in dieser Problematik gewichten wir ebenso stark wie den finanziellen. Diese Leute haben keine Perspektive, keine Bestätigung, keine Anerkennung und au oft zuwenig Unterstützung von den Angehörigen. Das ist traurig, sind aber leider Tatsache und es dient niemandem, wenn wir einfach die Augen davor verschliessen! Wir alle, nicht nur diejenigen, die selbst Kinder oder Jugendliche zu Hause haben, wissen, wie wichtig Motivation und Unterstützung sind.

Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um die hohen Arbeitslosenzahlen zu senken. Ich bin sicher, dass der Chef des Sozialamtes der erste ist, der die Stelle wieder abgibt, wenn sie nicht mehr gebraucht wird. Es wäre auch sehr wichtig, gerade in diesem Zusammenhang, dass

die Kommission für Jugend- und Familienpolitik endlich ihre Arbeit aufnimmt. Ich bin sicher, dass die Arbeitsgruppe unterstützend bei diesem Problem mitwirken könnte.

EVP und Freis Wohle Stimmen dieser Stelle im Sozialamt einstimmig zu.

Donat Ruedi, CVP-CSP: Wir haben ausführlich über die Notwendigkeit dieser neu zu schaffenden Stelle diskutiert. Die eindrücklichen Zahlen, insbesondere die konstante Zunahme der Sozialfälle, haben uns bewogen, dieser Stelle zuzustimmen. Unserer Meinung nach müssen mit dieser Stelle unbedingt die bevorschussten Zahlungen vermehrt bewirtschaftet werden, damit die Rückzahlungspflicht auch verbessert werden kann. Wenn mit dieser neuen Stelle der Missbrauch durch vermehrte Kontrolle verhindert werden kann, ist die neue Stelle mehr als gerechtfertigt. Wir stimmen dem gemeinderätlichen Antrag grossmehrheitlich zu.

Geissmann Armin, FDP: Ich gebe Ihnen die Meinung der FDP Fraktion bekannt.

Grundsätzlich fordert die FDP, dass die Verwaltung mit dem aktuellen Personalbestand auskommen muss. Grossmehrheitlich können wir dem Antrag trotzdem zustimmen, unter folgender Berücksichtigung. Die FDP erwartet einen effektiven Mehrwert. Dies vor allem mit konsequentem Durchsetzen von Rückzahlungsforderungen und grosser Zurückhaltung in der Auszahlung von Sozialhilfe.

In Anbetracht der finanziellen Lage der Gemeinde muss in Zukunft eine restriktivere Haltung im Personalwesen der gesamten Verwaltung in Erwägung gezogen werden.

Perroud Arsène, SP: Wir sind der Meinung, dass das Wohler Sozialamt sehr gut arbeitet und die Fälle gründlichst abklärt. Das soll auch weiterhin so bleiben.

Die Gemeinde Wohlen ist gesetzlich verpflichtet, Hilfebedürftigen materielle Hilfe zu leisten. Dass dies überhaupt nötig ist, ist bedauerlich. Aber es ist nun mal so und wir müssen uns den Aufgaben stellen. Die Fallzahlen sprechen eine leider überdeutliche Sprache.

Sozialhilfeempfänger brauchen angemessene Betreuung. Das Ziel ist immer, die Person wieder in den Arbeitsmarkt eingliedern zu können. Beratungsgespräche brauchen Zeit, doch sie sind es wert. Mit der Integration in den Arbeitsmarkt wird Geld gespart. Wenn wir Sozialhilfemissbrauch verhindern wollen, braucht es auf dem Sozialamt angemessene Personalressourcen. Schnelles Abfertigen der Klienten erhöht die Fehlerquote und fördert den Sozialhilfemissbrauch.

Die Fraktion SP und Eusi Lüt & Grüne wird den Antrag einstimmig unterstützen.

Tanner Peter, SVP: Wir machten uns den Entscheid nicht einfach, weil wir auch innerhalb unserer Fraktionsgemeinschaft von eigenen Behördenmitgliedern über praktisches Wissen im Sozialbereich verfügen. Es gibt Probleme zuhauf, wir machen ja seit Jahren darauf aufmerksam, sind aber meistens ungehört geblieben.

Wir haben es vorhin beim Geschäftsbericht 2005 gehört, wie angespannt die Finanzen unserer Gemeinde sind. Fast im gleichen Atemzug kommt eine Aufforderung, den Aufwand wieder zu erhöhen. Nicht nur wir sagen, dass das nicht zusammenpasst. Viele Steuerzahler haben grosse Mühe mit den ausgesandten Widersprüchen, „leere Kasse – gleichwohl mehr Stellen“, „leere Kasse – gleichwohl hätte es ab diesem Jahr für die Behörden mehr Geld geben sollen“. Wir erinnern an die zum Glück gescheiterte Lohnerhöhung für Gemeinderäte und Behördenmitglieder vom letzten Jahr.

Wir meinen, dass die Wohler Behörden, inkl. Einwohnerrat, aufpassen müssen, dass sie das Vertrauen der Bevölkerung nicht verspielen und es zudem auch an den andern Parteien liegt, die chronischen Aufwandsteigerungen endlich zu unterbinden.

Wir können, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, diese neue Stelle auch aus den weiteren Gründen nicht gutheissen. Die Wirtschaft zieht weiter an, positive Auswirkungen sind zu verspüren. Darum werden sich die Möglichkeiten zum Abbau der Sozialfälle weiter verbessern. Wir dürfen das nicht einfach negieren.

Würden wir die vom Gemeinderat gebetsmühlenhaft beklagte magnetische Wirkung unserer Zentrumsgemeinden mit einer neuen Stelle nicht sogar selber erhöhen?

Geschätzte Anwesende – der viertgrössten Aargauer Gemeinde würde es auch gut anstehen, sich über die Hintergründe des steilen Anstieges der Sozialhilfekosten noch mehr Gedanken zu machen. Die Gemeinde Wohlen könnte ja aus Eigeninteresse zur Urheberin von Ideen und Initiativen werden, um den Anstieg der Sozialfälle zu stoppen. Es liegt ja klar auf der Hand und der Ressortleiter hat es öffentlich bestätigt, dass für viele Einwanderer kein Job wartet. Wollen wir uns darüber einfach nicht im Klaren sein, zu was das zwangsläufig führt? Für unsere Gemeinde drängt es sich schlichtweg auf, dass wir die Probleme lösen, anstatt nur verwalten. Verwalten heisst: Die Verwaltung vergrössern und nur die Symptome ins Visier nehmen. Verwalten heisst, den Blick nur auf die Einzelfälle und nicht auf die gesamte Entwicklung zu werfen. Besonders angesichts der beschriebenen Situation im Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2005 müssen wir von diesem siebenköpfigen Gremium, angeführt von einem vollbesoldeten Gemeindeammann, aber bedeutend mehr erwarten.

Wir erwarten ein Konzept mit Lösungsansätzen, wie wir das Problem Sozialfälle lösen oder zumindest abschwächen können. Ein solcher Lösungsansatz ist im Bericht des Gemeinderates nicht vorhanden.

Zum Abschluss unserer Meinung halten wir auch klar fest, dass der Bedarf nicht ausgewiesen ist. Wir sind in Wohlen erst am Erreichen der Schmerzgrenze, d.h. mit knapp 300 Stellenprozenten sind anerkannterweise knapp 300 so genannte Sozialeinheiten zu betreuen. Dies deckt sich ziemlich genau mit der Anzahl der bis jetzt registrierten Fälle. Stellenreserven bilden ist überhaupt nicht opportun, da die Schmerzgrenze bei der Kasse nicht nur erreicht, sondern schon überschritten ist. Wir empfehlen darum, diesen Bericht und Antrag nicht anzunehmen.

Küling Harold, Vizeammann: Ich danke dem GPK-Sprecher und den Fraktionssprechern, bei denen wir eine grossmehrheitliche Sympathie für unseren Bericht und Antrag feststellen. Ich möchte mich nur noch kurz zu einigen Punkten äussern.

Betreffend weiterer Anstrengungen (Reap etc.): Das ist richtig. Das wird auch so gemacht. Es muss jedoch genügend Personal vorhanden sein, damit Abklärungen getroffen werden kann, wer für welches Projekt geeignet ist.

Auch die konsequente Rückforderung der Sozialhilfe oder Geltendmachung der Verwandtenunterstützung benötigt genügend Personal. Der Weg ist äusserst mühsam und steil. Zudem haben wir nicht unbedingt Gerichtsbehörden, die uns in diesen Bereichen sehr hilfreich sind. Obwohl die Geltendmachung der Verwandtenunterstützungspflicht eine gesetzliche Pflicht für die Aargauischen Gemeinden ist.

Zum Votum des Sprechers der SVP: Es wurde gesagt, dass man aufpassen muss, das Vertrauen der Bevölkerung nicht zu verlieren. Genau darum geht es, um korrekt abgehandelte Sozialhilfe, um das Wissen der Bevölkerung, dass Gesuche um Sozialhilfe genau nach Gesetz abgehandelt werden. Damit schafft man Vertrauen. Eine magnetische Wirkung würde nur ausgeübt werden, wenn sich herumsprechen würde, dass in Wohlen Sozialhilfe „einfach nur ausgezahlt“ wird. Die-

sem Anliegen kann man nur entsprechen, wenn man die genügende Anzahl Stellen zur Verfügung hat. Es wird gesagt, der Gemeinderat trage nichts zur Problemlösung bei. Wie sollen wir das Problem lösen? Wir sind nicht zuständig für die Erteilung der Aufenthaltsbewilligung. Das ist das Migrationsamt im Kanton Aargau. Ich kann jedoch versichern, dass wir jeden Fall von Ausländer nach Aarau melden. Bei Problemfällen insistieren wir auch, leider manchmal mit wenig Erfolg. Wir machen was möglich ist. Aber wir können die Einwanderungspolitik der Schweiz in Wohlens nicht beeinflussen.

Es gibt nur eine Möglichkeit: Wir müssen den Sozialen Dienst so ausbauen, dass wir die Fälle auch entsprechend angehen können. Stellenreserven – diesen Vorwurf will ich in aller Form zurückweisen. Maya Meier hat es bereits erwähnt: Als zu einem früheren Zeitpunkt ein Rückgang der Sozialhilfebezüger zu vermeiden war, haben die Sozialen Dienste auf Stellenprozente verzichtet. Es wurde die konjunkturelle Situation angesprochen. Im Moment spüren wir auf dem Sozialdienst nichts davon. Über etwas müssen wir uns auch bewusst sein: In besten Zeiten wird man immer einen Sockelbestand haben von Personen, wo aus irgendwelchen Gründen, nicht vermittelbar sind. Was soll mit ihnen gemacht werden? Dann ist der Sozialdienst gefordert. Vielleicht nicht nur mit Ausrichtung von materieller Hilfe, sondern vielleicht doch im Finden eines Weges, die Person irgendwo einzugliedern. Das hat mit der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung zu tun. Globalisierung ist ein Stichwort. Früher gab es viele Stellen, für schlechter qualifiziertes Personal. Diese Stellen sind alle gestrichen.

Ich bitte Sie, sich genau zu überlegen, wie Sie diesem Antrag gegenüberstehen und hoffe doch, dass wir eine Mehrheit finden.

Benz Guido, CVP-CSP: Ist das Bedürfnis für mehr Kapazität vorhanden? Dies muss man anhand der zugestellten Unterlagen bejahen. Ich habe mich aber schon gefragt, ob es richtig ist, automatisch eine zusätzliche Stelle zu schaffen. Wäre es nicht möglich gewesen, im bestehenden Stellenetat Verschiebungen vorzunehmen?

Külling Harold, Vizeammann: Wenn dies möglich gewesen wäre, hätten wir Ihnen den Antrag nicht gestellt. Zudem muss die Person, welche auf den Sozialen Diensten eingestellt werden soll, die nötige Qualifikation dazu haben. Ein grosser Teil umfasst auch die Beratung. Dazu braucht es fachliche Qualifikationen.

Abstimmung

Dem Antrag des Gemeinderates

Bewilligung einer zusätzlichen Stelle für eine/n Sozialarbeiter/in mit den jährlich wiederkehrenden Personalkosten.

wird mit 29 Ja-, 5 Neinstimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.

Motion 11007 betr. Neubau oder Erweiterung der Heilpädagogischen Schule (HPS) Wohlen

Gregor Ariane, CVP: Die CVP ist bestrebt, die HPS auf eine der heutigen Zeit entsprechende Schule mit allem Drum und Dran anzupassen.

Der Einwohnerrat hat es in der Hand, die HPS als integrierten Bestandteil der Schule Wohlen zu behandeln und ihr adäquate Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, sei dies die Erweiterung am jetzigen Standort Schulanlage Junkholz oder ein Neubau auf gemeindeeigenem Land.

Blicken wir kurz zurück:

- 1966: Gründung der HPS im Meyer-Ravizza-Haus an der Steingasse 3 als Tagesschule für 19 geistig behinderte Kinder.
- 1970: wird die Planung einer Schulerweiterung unumgänglich.
- 1974: Bezug Schulanlage Junkholz – für 40 Kinder konzipierte Schule
- 1976: Eröffnung HPS Kindergarten
- 1983: 7 Abteilungen
- 1993: 8 Abteilungen
- 1999: 9 Abteilungen
- 2000: Oberstufenklassen werden ins Bürohaus Remada am Gewerbering ausgelagert.

Die Schülerzahlen pendeln seit 1996 zwischen 50 und 60 Kindern.

Die HPS benötigt dringend Räumlichkeiten, um die Kinder lebenspraktisch auszubilden, damit sie fähig werden, trotz Behinderung eigenständig und sinnvoll zu leben. Die benutzbare Fläche umfasst derzeit 800 m² in der Schulanlage Junkholz und 300 m² im Remada-Gebäude. Für eine Schule mit 60 Kindern werden aber mindestens 1'600 m² benötigt laut Richtprogramm des Bundes.

Seit ca. 15 Jahren ist bekannt, dass die HPS mit zu wenig Schulraum zu kämpfen hat. Diverse Briefe, Sitzungen und Beschlüsse verschiedenster Gremien haben stattgefunden, und doch ist nichts Tragendes zustande gekommen. Schulpflege, Gemeinderat und Regierungsrat liefern sich ein Pingpong Spiel mit Fragen und Antworten. Dabei signalisierte der Kanton mehrmals die Bereitschaft, die HPS im Bildungsangebot der Zentrumsgemeinde Wohlen als Standort zu stärken und zu unterstützen. Bekennt sich auch der Gemeinderat zur HPS?

„Die Aufgabe einer Zentrumsgemeinde ist es, im Bildungswesen alle Schultypen anzubieten“, so ungefähr lautete ein Satz von Gemeindeammann Walter Dubler bei seiner Ansprache an der Grundsteinlegung des BBZ vom 6. April 2006. Das ist eine klare Aussage. Ich hätte mir gewünscht, dass der Gemeinderat die Motion übernimmt – freiwillig.

An der Finanzierung beteiligen sich heute noch Bund, Kanton, Gemeinde und Versorger nach folgender Aufteilung:

- Der Bund leistet Betriebsbeiträge. Der Kanton übernimmt die Besoldung der Lehrkräfte.
- Die Wohngemeinden der betroffenen Kinder bezahlen ein im ganzen Kanton einheitliches Schulgeld.
- Die Eltern bezahlen einen Beitrag an die Verpflegung.

Nach der Einführung des NFA, ab 01.01.07 entfallen die Baubeiträge von Staat und IV. Die Gesamt-Finanzierung einer HPS wird über einen Betrag pro Kind/Monat per Leistungsvertrag organisiert.

Wenn bis Ende 2006 die vollständigen Unterlagen für Raumprogramm und Konzept eingereicht werden, und bis Ende 2007 die vollständigen Projektunterlagen beim Kanton resp. Bund eingehen, kommen wir in den Genuss von Bundessubventionen. Die von der Gemeinde vorfinanzierten Mittel würden mit Zins und Zinseszinsen zurückfliessen, selbst die Kosten der Bauverwaltung für das Projekt könnten angegeben werden.

Wollen wir auf ein Geldgeschenk verzichten? Bei unserer Finanzlage?

Aus all diesen Gründen hoffe ich, hofft die CVP, hofft vor allem die HPS, dass Sie die Motion überweisen.

Danke für die Aufmerksamkeit.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Die Chronologie: Vor 9 Jahren hat die Gemeinde Wohlen in Sachen Schule ganz andere Probleme. Man hatte viele ausgelagerte Klassen. Man hat in den letzten Jahren Kindergarten ausgebaut, im Haldenschulhaus den Musiksaal gemacht, man hat im ehemaligen Singsaal der Bezirksschule Schulräume gebaut, man hat im Junkholzschulhaus Erweiterungen vorgenommen, man hat Bünz matt III gebaut. Im November 2000 hat der Gemeinderat und Schulpflege den Bericht über die Schulraumplanung diskutiert. Dort wurde ganz klar gesagt, dass man eine Expansion der HPS nicht sieht. Es ist in der Tat so, es wurde kein Ping-pong-Spiel gemacht. Dies war die gemeinsame Beurteilung. Ich begreife, dass dies Betroffene ein wenig anders anschauen. Wenn Sie heute die aktuellen Zahlen anschauen, sehen Sie, dass bei 60 Kindern 36 Kinder von auswärts kommen. D.h., die HPS hat einen regionalen Charakter. Wir hatten aber grosse Probleme in Sachen Schulräume. Ein konkreter Antrag der Schulpflege auf Erweiterung der HPS wurde im Januar dieses Jahres gestellt. Dies ist aber kein Vorwurf an die Schulpflege.

Die Restkosten der Sonderschulung sind in den letzten Jahren markant angestiegen. Man muss aufpassen, wenn man meint, es sei alles gratis. Wir sind alle Bestandteil von Kanton und Bund. Wurde etwas nicht gemacht, geschah dies bewusst. Es herrschen in der HPS in der Tat knappe Verhältnisse. Aber man hat nicht geschlafen, sondern es wurden andere Prioritäten gesetzt.

Becker Doris, Gemeinderätin: Ariane Gregor hat bereits ausführlich dargelegt, was die Anliegen und Bedürfnisse der HPS sind. Es ist nicht nötig, nochmals darauf einzugehen.

Wohlen ist stolz auf sein umfassendes Bildungsangebot. Darin sollte auch weiterhin die Förderung und Ausbildung von schwächeren, behinderten Kindern Platz haben, d.h. die Räumlichkeiten müssen den tatsächlichen Bedürfnissen angepasst werden.

Der Gemeinderat ist im Kern mit dem Inhalt der Motion einverstanden. Was uns Sorgen macht, ist die knapp bemessene Zeit, die zur Verfügung steht.

Zum Einholen von Baubeiträgen gelten im Übergangsrecht folgende Fristen:

- Raumprogramm und Konzeption bis spätestens Ende 2006
- Vollständiges Bauprojekt mit Kostenvoranschlag bis spätestens Ende 2007

Im Moment ist noch Vieles unklar, z.B. der Standort und eventuelle sogar die Trägerschaft. Ein Projekt-Wettbewerb wäre aus unserer Sicht wünschenswert und sinnvoll. Dieser könnte aber von der Bauverwaltung weder durchgeführt noch fachtechnisch begleitet werden. Sie hat keine

freie Arbeitskapazität und ist mit laufenden Projekten und denen, die noch vorbereitet werden müssen, voll ausgelastet.

Zwar hat der Gemeinderat bereits eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Das von der Schulpflege erstellte Raumprogramm ist ebenfalls schon seit einiger Zeit in Aarau.

Wegen erheblichem Zeitdruck würde es der Gemeinderat aber vorziehen, wenn die Motion in ein Postulat umgewandelt würde. Das wäre weniger verpflichtend und gäbe uns mehr Spielraum. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass er damit in Kauf nimmt, dass Baubeiträge verpasst werden, d.h. nicht eingeholt werden. Der Gemeinderat beantragt die Umwandlung von der Motion in ein Postulat. Dann würde er den Vorstoss entgegennehmen.

Gregor Ariane, CVP-CSP: Wir sind nicht bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Weil wir den Inhalt der Motion als konkreten Auftrag sehen. Ein Postulat dient nur als Anregung zur Behandlung. Wir sind der Meinung, dass nun etwas konkretes gemacht werden muss.

Des stimmt, dass die Restkosten in den letzten Jahren sehr angestiegen sind, aber nicht wegen den Heilpädagogischen Schulen, sondern wegen den Sonderschulen für schwererziehbare Kinder

Bei einer Zentrumsgemeinde müsste auch der regionale Charakter eine Rolle spielen. Das Einzugsgebiet der HPS hat regionalen Charakter.

Dass die Bauverwaltung überlastet ist, ist bekannt, deshalb sollte die Planung auch ausgelagert werden. Die Arbeit wird mit den Bundessubventionen bezahlt. Dies ist ein wichtiger Punkt bei der Entscheidungsfindung.

Meier Regula, FDP: Ich gebe Ihnen die Fraktionsmeinung der FDP bekannt. Dass die HPS Schulräume zu eng sind, scheint unbestritten zu sein. Die Frage, unter welchen Bedingungen man eine solche Schule betreibt, ist vorhanden. Grossmehrheitlich findet die Fraktion der FDP, dass die Gemeinde verpflichtet ist und dies innert kurzer Zeit, damit die HPS eine notwendige Infrastruktur bleiben kann. Die Räumlichkeiten müssen den Erfordernissen der Sonderpädagogik angepasst werden und auch die nötigen Fördermassnahmen ermöglichen. Diese Kinder benötigen vorwiegend praktische Ausbildungen. Diese Kinder müssen Möglichkeiten zum Werken, Malen und Basteln haben.

Erlauben Sie mir einen ganz persönlichen Gedanken: Könnte es vielleicht sein, dass unsere HPS-Kinder keine grosse Lobby haben?

Die Problematik in der Gemeinde Wohlen ist seit langem bekannt. Der Kanton unterstützt den Standort Wohlen. Da eine Subvention ab Ende 2007 entfallen würde und die Gemeinde finanziell somit noch mehr belasten würde, ist die Fraktion der FDP für die Überweisung der Motion.

Hübscher Berta, EVP: Ich gebe Ihnen die Fraktionsmeinung Freis Wohlen und EVP bekannt: Wir haben uns an unserer Fraktionssitzung eingehend mit dieser Motion beschäftigt. Bei einem Besuch bei der HPS konnte ich mir ein Bild über die Situation machen.

Ich bin erschrocken, dass diese Schule mit über 50 Schülern, mit so wenig Platz auskommen muss. Vor allem der Werk- und Malraum, die für diese Schule sehr wichtig sind, sind viel zu klein und teilweise sogar ohne Fenster.

Die Situation ist ja nicht nur für die Schüler schwierig, es erschwert auch die Arbeit des Lehrpersonals. Leisten sie ohnehin schon einen enormen Einsatz, genügend und geeignete Räume und Einrichtungen würde ihnen die Arbeit um einiges erleichtern.

Sicher hatten wir in der Vergangenheit grosse Investitionen und es stehen uns auch noch welche bevor. Die HPS darf aber nicht mehr länger zurück stehen, Handeln ist hier dringend nötig. Wir bitten den Gemeinderat, dies zu überdenken.

Für die Argumente des Gemeinderates betreffend Zeitdruck und Überlastung der Bauverwaltung haben wir Verständnis. Es wurde bereits erwähnt, diese Arbeit könnte auch ausgelagert werden.

Freis Wohle und EVP stimmen der Motion HPS einstimmig zu.

Spörri Marlis, SVP: Wir unterstützen die Motion einstimmig.

With Corinne, SP: Die Fraktion SP/Eusi Lüt&Grüne sind einstimmig für einen Neubau oder die Erweiterung der HPS. Es ist wirklich nicht erst seit gestern bekannt, dass in der HPS zu wenig Schulräume bestehen; dass sogar in den Kellerräumen unterrichtet wird. Ganz klar müssen wir die Chance packen und Subventionen des Bundes in Anspruch nehmen. Auch wenn der finanzielle Spielraum in der Gemeinde momentan null ist, kann es sich Wohlen trotzdem nicht leisten, die HPS zu verlieren, weil man es versäumt hat, genügend Schulräume zu planen. Zudem wird in Anbetracht auf die bevorstehenden Tagesstrukturen kein Schulzimmer leer stehen. Ich bitte der Vorfinanzierung der HPS zuzustimmen und dass man nicht auf dem Buckel derjenigen spart, die es sowieso nicht einfach haben im Leben.

Abstimmung

Die Motion 11007 betr. Neubau oder Erweiterung der Heilpädagogischen Schule (HPS) Wohlen wird grossmehrheitlich mit 1 Nein-Stimme überwiesen.

Corsiglia Franco, Präsident der Schulpflege: Ich möchte im Namen der Schule einerseits dem Gemeinderat ganz herzlich danken für das eindeutig klare Ja für die HPS. Andererseits auch ein Dankeschön an den Rat, der mit der Überweisung der Motion dafür einsteht, dass die Zeit bis Ende 2007 genutzt wird. Ich danke Ihnen auch im Namen der HPS. Die HPS Wohlen ist im ganzen Kanton eine Besonderheit. Wohlen ist die einzige Gemeinde, die die HPS so nahe an der Schule hat und sie so nahe im Schulwesen sieht.

Dringliche Motion 11011 betr. sofortige Einleitung der Totalrevision des Bauzonenplane

Galatti Jean-Pierre, SVP: Unsere Begeisterung für die italienische und ghanaische Nationalmannschaft ist, zugegebenermassen, grösser als für den Bauzonenplan und Dringlichkeit der Motion. Ich möchte ein Gegengeschäft vorschlagen. Vorausgesetzt, dass zugesichert wird, dass diese Motion an der August-Sitzung traktandiert wird, also nicht mehr dringlich, wird im Gegenzug die Dringlichkeit zurückgezogen.

Fischer Arthur, Präsident: Diesem Vorgehen kann ich zustimmen.

Galatti Jean-Pierre, SVP: Dann ist die Dringlichkeit zurückgezogen. An der Motion wird selbstverständlich festgehalten.

Perroud Arsène, SP: Die Dringlichkeit scheint doch nicht so dringend zu sein. Meiner Meinung nach müsste eine bereits traktandierete Dringliche Motion behandelt werden. Ansonsten müssen wir die Sitzung als logische Folge abbrechen. Ich verstehe das Verhalten nicht. Ich finde dies auch nicht richtig, dass sie als Gegenzug das nächste Mal traktandiert wird.

Unteregger Thomas, SVP: Ich verstehe die Haltung der SP nicht. Es gibt andere Motionen, die von der Reihenfolge her auch schon bereits auf dieser Liste stehen könnten, z.B. die Motion betreffend Treppenlift im Sportzentrum Niedermatten.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Die Frist für das Mitwirkungsverfahren der Ferropolis läuft bis zum 28. Juli. Es ist nun wichtig, dass Sie sich daran beteiligen.

Bericht und Antrag 11009 betr. Nachtragskredit (NK) I – 2006

Duschén Andrea, Sprecher der Finanzkommission: Die Herren Mäder und Stalder von der Bauverwaltung haben die FIKO an der letzten FIKO-Sitzung über den Nachtragskredit informiert.

Die Mehrkosten sind unter folgenden Umständen entstanden:

- Der Budgetkredit war nur ein Rahmenkredit und ist auf Grund von Erfahrungswerten entstanden.
- Der Tiefbau hat zwischen Budget und Ausführung eine erhebliche Teuerung erlitten.
- Die neuen Leitungen müssen tiefer gelegt werden weil andere Leitungen im Weg sind.

Im Betrag von Fr. 1'100'100 sind Fr. 100'000 für Unvorhergesehenes berücksichtigt.

Im Weiteren belastet der Nachtragskredit die Gemeinderechnung nicht, weil die Kosten über Anschluss- und Abwassergebühren gedeckt werden.

Bauzeit ist von Juni bis Nov./ Dez. 2006.

Die FIKO hat dem Nachtragskredit einstimmig zugestimmt.

Keller Anna, EL & Grüne: Ich habe eine Frage: links stehen andere Zahlen als rechts. Kann mir jemand die Differenz erklären? Links stehen Fr. 970'000 budgetiert und in der Begründung stehen Fr. 800'000 und bei zu erwartende Ausgaben stehen Fr. 1'280'000 und in der Begründung Fr. 1'110'000. Weshalb?

Mäder Werner, Bauverwalter: In diesem Kredit von Fr. 970'000 sind noch andere Sachen enthalten. Der Kredit beträgt eigentlich Fr. 800'000. Im zusätzlichen Betrag ist noch ein Betrag für Inliner vorgesehen. Weitere Fr. 80'000 betreffen das Kataster.

Keller Anna, EL & Grüne: Es wäre jeweils einfacher, wenn solche Sachen von Beginn weg bei der Begründung stehen würden.

Tanner Peter, SVP: Der Fiko-Sprecher hat von Preiserhöhungen gesprochen. Eine Prozentzahl habe ich leider keine gehört. Warum hat man keine Fixpreise gemacht, mit welchen man dies hätte vermeiden können? Wir waren ja bereits auf tiefen Kosten, es konnte ja nur noch etwas teurer werden. Was sind die Auswirkungen der Preiserhöhungen bei allenfalls anderen noch pendenten Projekten?

Meier René, Gemeinderat: Wir sind im Submissionsverfahren. Wir können keine Fixkosten mit den Unternehmern abmachen. Entscheidend war die Frage, ob wir die Kanalisationsleitungen machen oder nicht. An den Preisen konnten wir leider nichts ändern.

Mäder Werner, Bauverwalter: Die Preiserhöhung kann nicht prozentual definiert werden. Wir haben seinerzeit 2005 aufgrund eines Rahmenkredites das Begehren im Budget eingegeben. Wir haben im Jahr 2006 die Submission durchgeführt. Generell haben im Tiefbau die Preise angezogen. Dies war ein Teil davon. Ein anderer Teil der Erhöhung hat auch ausgemacht, dass die Kanalisation tiefer gelegt wurde.

Meier René, Gemeinderat: Die Auswirkungen der Preiserhöhungen auf andere Projekte sind unbekannt.

Tanner Peter, SVP: Gibt es bestimmte Projekte, bei denen die Preiserhöhungen zum Tragen kommen könnten? Wenn ja, hätte ich gerne approximative Kostenerhöhung

Meier René, Gemeinderat: Es gibt ein Projekt, das zur Zeit läuft, die Steindlerstrasse. Auch dort werden wir Preisüberschreitungen im selben Rahmen haben.

Unteregger Thomas, SVP: Es ist tatsächlich so, dass im Tiefbau die Teuerung zum Teil erheblich ist und man die Beträge offen lässt. Ich möchte vorausblickend sagen, dass im Hochbau ist es nicht eine Frage der Submission, man kann die bereits in der Ausschreibung vorsehen. Vor allem im Hochbau ist es möglich, die Teuerung zu beziehen.

Abstimmung

Bericht und Antrag 11009 betr. Nachtragskredit (NK) I – 2006 wird einstimmig genehmigt.

Für das Protokoll

Arthur Fischer, Präsident

Daniela Betschart, Gemeindeschreiber-Stv.